

Wilhelm Nölling

Die €uro - Höllenfahrt

Vom Elend der Politik zum Elend der Ökonomien



Verlag:

A&C Druck und Verlags GmbH
Waterloohain 6-8, 22769 Hamburg

Tel.: 040 - 43 25 89-0, Fax: -50

kontakt@auc-hamburg.de · www.auc-hamburg.de

Titelillustration © Roland Beier

ISBN 978-3-9811929-6-4 · EUR 8,00

1. Auflage 1. Juni 2011

2. erg. Auflage 15. Juni 2011

3. erg. Auflage 1. Juli 2011

Die „Euro-Höllenfahrt“
Vom Elend der Politik zum Elend der Ökonomien
von
Wilhelm Nölling

„Um die bürgerliche Gesellschaft zu zerstören,
muß man ihr Geldwesen verwüsten.“

Lenin 22.4.1870 - 21.1.1924

„Sobald sich die politische Alternative in der Existenzkrise
Europas
auf
ein „Ende mit Schrecken“
oder
einen „Schrecken ohne Ende“
reduziert, muß die erste Alternative angestrebt werden.
Denn,
es ist unmöglich, Lebensstandard und Funktionsfähigkeit
einer zunehmenden Zahl von €uro - Schwachländern
durch Gelddrucken und Mittelumverteilung – **Transferunion** –
zu garantieren.“

Willhelm Nölling

„s ist ein Gesetz der Teufel und Gespenster:
Das erste steht uns frei, beim zweiten sind wir
Knechte“ - Faust – **Der Tragödie Erster Teil**

Kassandra:

„Wenn ihr mir nicht glauben wollt, was tut's?
Die Zukunft kommt gewiss.

Nur eine kleine Weile und ihr seht es selbst.“
Aeschylus - Orestie

Die „Euro-Höllefahrt“

Vom Elend der Politik zum Elend der Ökonomien

von

Wilhelm Nölling

I. Vorspiel zur „Höllefahrt“ !	S. 7 - 10
II. Hat es an fehlenden Erkenntnissen der Nationalökonomen gelegen? S. 10 - 21	
a) Macht oder ökonomisches Gesetz ? und der Gegensatz von „Monetaristen“und „Ökonomisten“	S. 11 - 12
b) Die Theorie eines optimalen Währungsraumes – Optimum Currency Area (OCA)	S. 12 - 13
c) Die Stellungnahme der „ökonomistischen“ Bundesbank	S. 13 - 14
d) Dynamik der Herausforderungen durch die neue Währungsordnung (antizipiert im Jahre 1993)	S. 14 - 18
e) Die Expertisen der „4 Kläger“ vor dem Bundesverfassungsgericht veröffentlicht in rororo-Aktuell:	S. 18 - 21
1) Die Euro-Klage – Warum die Währungsunion scheitern muß, 1998	
2) Die Euro-Illusion – Ist Europa noch zu retten? 2001	
III. „Der Löw' ist los – Wer ist daran Schuld?“	S. 22 - 28
IV. Das Potential der „Glutnester“ – oder wie die „Höllefahrt“ des Euro an Fahrt gewinnen wird – wie hält unsere Demokratie das aus?	S. 28 - 38
Anhang: Interview mit Rüdiger zu Klampen von der Nordwest-Zeitung, Oldenburg, vom 7. Mai 2010	S. 40 - 41

Dieser Beitrag wird in modifizierter Form im Herbst 2011 als Teil einer Publikation aller fünf Kläger vor dem Bundesverfassungsgericht, im Kopp-Verlag, Berlin, erscheinen.

I. Vorspiel zur „Höllenfahrt“!

„Tief ist der Brunnen der Vergangenheit. Sollte man ihn nicht unergründlich nennen?“ Dies sind die ersten Sätze des Romans „Joseph und seine Brüder“ von Thomas Mann, der mit dem „Vorspiel Höllenfahrt“ beginnt.

Im Frühjahr 1993 erschien mein Buch „Unser Geld. Der Kampf um die Stabilität der Währungen in Europa“¹.

Das Werk war das Ergebnis meiner Arbeit und Berufserfahrung als politischer Ökonom sowohl auf den Gebieten von Forschung und Lehre, als auch vor allem als Politiker auf den Feldern Geld- und Finanzpolitik. Ich war mir nach meinem Ausscheiden aus der Bundesbank im Herbst 1992 über die „säkulare“ Bedeutung der von „Politikern“ in ganz Europa gewollten „Währungsuniformierung“ im klaren. Was sich nur einmal in einem Jahrhundert ereignet, nennen wir „säkular“. Böse Ahnungen oder mindestens ungute Gefühle veranlassten mich, das folgende Motto voranzustellen:

*Daher, wenn heut die Welt entgleist, so liegt
in euch der Grund, in euch ist er zu suchen.
So kannst du einsehn, dass nur schlechte Führung
der Grund ist, der die Welt verkommen lässt.*
(Dante: Die Göttliche Komödie. Fegefeuer. 16. Gesang)

Fast 20 Jahre später kann man die gegenwärtige Existenzkrise Europas als Bestätigung für die damals herangezogene Feststellung Dantes erkennen. Und eine weitere, seherische Aussage Goethes bezeichnet die Spannung, in die wir „geworfen“ sind: Die „Politik“ in Europa hat sich ein „großartiges“ Ziel gesetzt, es erreicht, die Maßnahme eine Zeitlang praktiziert und wir müssen erkennen, dass es keinen Ausweg gibt. Europa ist in einer tiefen Sackgasse gegen die Wand gefahren worden. Wir waren frei, die Währungsordnung zu wechseln, wir sind nicht mehr frei, sie abzustreifen, ohne große Schäden und Verwerfungen zu riskieren. Ich arbeite heraus, dass die Fortsetzung der eingeleiteten Rettungsmaßnahmen das Übel eher noch verschlimmern wird.

Im Jahre 1993 hatte ich mich mit meinem Titelvorschlag „Der Kampf um die DM“ nicht durchsetzen können. Als der Verlag schließlich einsah, dass der Titel nicht zum Inhalt passte, verfügte er das Aufkleben einer roten Kokarde „Das Maastricht-Fiasko“, um über den Inhalt richtig zu informieren.

Die Reaktionen auf das Buch – die erste umfassende Analyse des Maastrichter Vertrages – waren zahlreich, öfters umfangreich, wurden jedoch bei weitem nicht immer der politisch-ökonomischen Bedeutung und Vorhersagequalität gerecht. Eine anhaltende Wirkung auf Fachliteratur und –diskussion habe ich nicht feststellen können.

¹ Im Ullstein-Verlag Berlin. Englische Übersetzung: Monetary Policy in Europe after Maastricht, Vorwort von Rüdiger Dombusch, McMillan, London & New York, 1993

Meine umfassende Analyse führte zu der Schlussfolgerung: „**Der Maastrichter Politikansatz ist mit unseren (meinen) Erkenntnissen unvereinbar** (S. 154).“

Folgerichtig habe ich dann unter Kapitel D gefragt: „Was tun, wenn Maastricht scheitert?“ (S. 199 – 216) und im Anschluss daran Ausführungen zur Europäischen Währungsunion und Wirtschaftsordnung verfasst (S. 216 – 256).

Im Gefolge der sich seit 2007 ausbreitenden Weltfinanzkrise war zunächst die Freude groß, dass die Euro-Zone wegen der Existenz der gemeinsamen Währung von den Auswirkungen nicht nur verschont geblieben, sondern sogar vor gigantischen Aufwertungsgefahren (20 % und mehr) bewahrt worden sei. Kaum einer aus den Reihen der ursprünglich Mitverantwortlichen war sich zu schade, solche Tatarennachrichten zum Zwecke der Selbstrechtfertigung oder –täuschung zu verbreiten! Schließlich war nicht zu bestreiten, dass sich der stärkste Konjunktureinbruch der Nachkriegszeit im Jahre 2009 in Deutschland besonders stark auswirkte, aller Wahrscheinlichkeit auch erst bis Ende des Jahres 2011 wieder plante sein wird und alle Rettungsmaßnahmen die nachhaltige Belebung der Wirtschaft der Euro-Zone im Auge behalten, d. h. darauf abgestimmt sein müssten!

Nach Rückgang und temporärer Bändigung der ersten Finanzflutwelle wurde deutlich, dass die Rückstände am Strand eine ganz Europa bedrohliche Konsequenz der neuen Währungsordnung offenbarten, und zwar in Gestalt maroder Staatsfinanzen bei gleichzeitiger, meist hochgradiger außenwirtschaftlicher Schief- oder Defizitlage von 12 der 16 Teilnehmerländer der Euro-Zone! Und schon bald entwickelte sich eine Kontroverse bei der Beantwortung der Frage: „Wer ist Schuld daran, dass der Euro in existenzielle Gefahr geriet?“

Über den Befund gibt es eigentlich keinen Dissens, denn der Euro musste im Frühjahr 2010 gerettet werden. „Wir werden den Euro verteidigen, was immer es kosten mag“ – so die im Gedächtnis gebliebene Forderung des EU-Kommissionspräsidenten Barroso. Er wurde sekundiert von BuFiMi Wolfgang Schäuble: „Ich werde alles tun, um zu verhindern, dass der Euro auseinander bricht“. Frau Merkel und andere beschworen dem entsprechend die Gefahr des Absturzes unserer Währung in einen sich auftuenden Abgrund mit der Aussicht einer Zerstörung der Lebens- und Zukunftsfähigkeit ganz Europas. Diese Gefahr war schon früh zu erkennen, während die Wahrnehmung durch Politiker und Öffentlichkeit die üblichen Verzögerungen durchmachte.

Selbstkritisch bemerkte Helmut Schmidt: „Wir Europäer können die früheren Fehler nicht ungeschehen machen.“ Und was steht für ihn auf dem Spiel? „Es geht um die Selbstbehauptung der europäischen Zivilisation.“²

Schließlich wurde schon bald unter den Politikern Europa-weit Einigkeit hergestellt, dass zwar die Dramatisierung gerechtfertigt sein könnte, daran aber keineswegs das missglückte Währungsabenteuer „Euro“ Schuld trug. Stattdessen hätten sich einzelne Teilnehmerländer regelwidrig üppige Staats- und Außenhandelsdefizite geleistet, auch die notwendigen Maßnahmen zur Vorbereitung auf stürmische Wetterlagen breitflächig

² In Die Zeit, „Ohne den Euro ist alles nichts!“, 16. Dez. 2010, Titelseite

unterlassen. War es nicht in gewissen Ländern üblich geworden, sich im Windschatten der neuen Währung einzurichten und Vorteile auf Pump zu genießen, die nur und allein durch Zugehörigkeit zu einer gemeinsamen Währung zu erreichen waren ?

Meine langjährige intensive Befassung mit der Geschichte der Währungsunion führte mich folgerichtig zu der Diagnose: „Der Euro ist Schuld“ („Der größte Irrtum der Währungsgeschichte“, so im Hamburger Abendblatt vom 6. April 2010). Der Euro ist ein Unglück für Deutschland und Europa. Es war und bleibt nicht schwierig zu prophezeien, dass sich schließlich herausstellen wird, wie stark alle an der Euro-Zone beteiligten Volkswirtschaften in die Knie gehen und deshalb ärmer und wirtschaftlich und politisch instabiler werden.³

Jede Therapie krankhafter, unerträglicher Zustände kann nur erfolgreich sein, wenn die Ursachen richtig und schonungslos benannt werden. Nicht nur Politiker, sondern auch eine Vielzahl von Experten stellten sich diese Frage erst gar nicht oder schreckten vor der Radikalität des Ergebnisses und der politischen Konsequenzen zurück !

Denn Ursachen bezogen zu handeln, hätte bei der Wucht der Problematik bedeutet, so schnell wie möglich auf Ausschluss der Länder zu drängen, die die Stresstests weder bestanden hatten noch nach politisch-ökonomischem Ermessen je würden bestehen können. Es mag auch eine Rolle gespielt haben, dass sich die Meinung verfestigt hatte, die Währungsunion sei ja von ihren Konstrukteuren von Anfang an als „irreversibel“ – als für die Ewigkeit gedacht – entwickelt worden und müsse nun auch so akzeptiert werden !

Angesichts der Bedeutung geordneter und Vertrauen schaffender Währungsverhältnisse für jede Volkswirtschaft und erst recht für die Zukunft eines ganzen, sehr heterogenen Kontinents musste es jedoch völlig unverständlich bleiben, warum und wie mit dem Maastricht-Vertrag „alles auf eine Karte“ gesetzt wurde, nach der Devise „alles oder nichts“ vorgegangen und ein Plan „B“ ausdrücklich und für alle Zeiten nicht nur für nicht erforderlich, sondern für kontraproduktiv gehalten wurde. Wichtige und verantwortliche Unterstützer und Betreiber waren entweder nicht alle auf der Höhe der notwendigen Sachkenntnis, sowie historischer Erfahrungen, oder sowohl politisch naiv als auch vom Wunschdenken benebelt worden !

Ich werde nachzeichnen, auf welche Argumente, Einsichten, Tatsachen ich mich stützte und stütze, wenn ich erneut zu der Schlussfolgerung gelange, dass der Euro nicht nur ein x-zentnerschwerer Klotz am Bein Europas ist und bleiben wird, sondern sogar das Potential in sich birgt, den Kontinent zu zerreißen !

Den guten Willen will ich den im Rausch machpolitschen Gestaltenwollens in die Irre gegangenen Politikern und anderen Meinungsmachern nicht absprechen. Ich meine allerdings, dass falsche Annahmen und fehlerhafte politische Entscheidungen von buchstäblich epochaler Bedeutung nachvollziehbar aufgezeigt zu werden verdienen. Wer Verantwortung übernahm und heute noch dazu steht, als vor 20 Jahren die europäische politische und wirtschaftlich-monetäre Grundordnung umgepflügt wurde,

³ In Band 3 meiner Erinnerungen, die im Jahre 2007 veröffentlicht wurden, habe ich in Kap. XV die „Fortsetzung meiner Beteiligung an der Geldpolitik mit anderen Mitteln (ab 1993) – der Kampf gegen den Euro“ ausführlich dokumentiert (vgl. S. 847 – 902), Schümann Verlag, Hamburg

der muss auch dafür verantwortlich gemacht werden, weil die Sache schiefgegangen ist. Ein Wegducken und zum Selbstschutz erfundene falsche Diagnosen und irrige Maßnahmen sind nicht entschuldbar und dürfen auch nicht toleriert werden, wenn auch nur um eines einzigen Grundes willen: Aus diesem Desaster für Europa und die Welt müssen Lehren gezogen werden.

Ich habe Zeit meines Lebens gerne Probleme zu lösen versucht, bin auch als Politiker erst recht nicht vor ihnen geflüchtet! Seit Studententagen fühlte ich mich im Einklang mit den Lehren von Karl Popper, wonach wir uns „eine bewusst kritische Einstellung zu Lösungsversuchen“ angewöhnen sollten. Dementsprechend war ich mir bewusst, dass man erst recht bei wahrhaft umwälzenden Reformen – wie einer Währungsunion – immer Vorsorge treffen müsste, dass Fehlerkorrekturen auf dem Wege nach vorn möglich bleiben und Auswege und Rückkehr eben nicht von vornherein ausgeschlossen werden dürfen.

Dass die Währungsunion so verunglückt ist, hängt ursächlich mit der Nichtbeachtung dieser elementaren Grundsätze zusammen und der Tatsache, dass auch der „gesunde Menschenverstand der wertvollste und verlässlichste Ratgeber“ nicht mit herangezogen wurde.⁴ Es gilt der Satz: Je wagemutiger, ja kühner Politik sein will, um so stärker sind die Gefahren des Scheiterns.

II. Hat es an fehlenden Erkenntnissen der Nationalökonomien gelegen ?

Wer in den Brunnen der Vergangenheit der Währungsunion taucht, kann zwei Erkenntnisse gewinnen:

- 1) Politiker und Wirtschaftler haben immer mal wieder versucht, Währungsunionen zu gründen. Meistens wurde zuvor eine politische Union in der Form eines Nationalstaats geschaffen oder es wurden Unionen geschmiedet, die ohne politische Einigung und ohne gemeinsame Geldzeichen auskamen. Letzteres sind die eigentlichen Vorläufer der Europäischen Währungsunion gewesen: Sie haben unterschiedlich lange Lebenszyklen aufgewiesen, sind aber gleichermaßen **immer gescheitert** !
- 2) Mit solchen Erfahrungen im Rücken, ist nach dem 2. Weltkrieg in Europa begonnen worden, zunächst die wirtschaftliche Integration voranzutreiben. Sie war – für alle sichtbar – bemerkenswert erfolgreich.

Schließlich wurde, darauf aufbauend, ein „großer Sprung vorwärts“ konzipiert und gewagt, nämlich die geldpolitische Uniformierung eines auf Ausdehnung angelegten Währungsraums. Damit wurde die Einladung verbunden, eine im Prinzip nicht zu begrenzende Zahl von Teilnehmerländern aufzunehmen, wie die Steigerung von ursprünglich 11 auf inzwischen 17 Mitgliedsnationen zeigt; weitere fünf EU-Länder sind benannt und müssen teilnehmen, wenn sie die makroökonomischen Bedingungen erfüllen: Tschechien, Lettland, Litauen, Ungarn und Polen; Bulgarien und Rumänien

⁴ S. Karl Popper, Alles Leben ist Problemlösen, Serie Pieper, München-Zürich, 7. Aufl. 2002, S. 15, 20, 40 und 43

kommen wirklich in absehbarer Zeit nicht einmal für solche Betrachtungen infrage – während drei Länder, Großbritannien, Schweden und Dänemark von Beginn an in ihren Interessenabwägungen zu dem Ergebnis kamen, eine Beteiligung an der Währungsunion nicht für vorteilhaft zu halten und deshalb auf Dauer abzulehnen. Sie haben allen Grund, sich darüber zu freuen !

a) Macht oder ökonomisches Gesetz ? Und der Gegensatz von „Monetaristen“ und „Ökonomisten“

Bei der Reform der europäischen Währungsordnung ging es um die jedem guten Ökonomen geläufige Frage, ob gewaltige Eingriffe der Politik in ein zentrales Wirtschaftselement eines ganzen Kontinents, mit den ökonomischen Grundwahrheiten und Gesetzmäßigkeiten einer Währungsverfassung in Übereinstimmung gebracht werden können, so dass der Wirtschaftskörper den neuen Vorgaben zu folgen vermag oder sich ihm verweigern müsste. „Macht oder ökonomisches Gesetz?“, das war und ist die Frage.

Der österreichische Nationalökonom Böhm-Bawerk hatte im Jahre 1914 eine Analyse mit obigem Titel „Macht oder ökonomisches Gesetz?“, veröffentlicht. Sie hat den Rang eines Standardwerkes der Ökonomie erhalten und sollte/müsste eigentlich zur Musslektüre eines jeden ausgeprägten Nationalökonomen gehören.⁵

Böhm-Bawerk antwortet auf die Fragestellung zwar am Beispiel der Beeinflussungsmöglichkeiten und Grenzen der „Preis- und Verteilungsgesetze“, also vor allem der Einkommens- und Vermögensverteilung in marktwirtschaftlich verfassten Volkswirtschaften. Seine Analyse kann m. E. aber auch Aussagekraft für die zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen beanspruchen. Das ist der Grund, warum ich Böhm-Bawerk heranziehe, um Aussagen zur Wirkungstendenz staatlicher Eingriffe in Rahmenbedingungen anzudeuten: Dieser Absicht dienen folgende zwei Zitate:

1) „Durch künstliche Machtmittel können jedenfalls temporär energische und tiefgreifende, auch sehr tiefgreifende Wirkungen erzielt werden“, die aber nur von „bleibender Dauer“ sein können, wenn sie marktwirtschaftliche Fehlentwicklungen, weg von einer „natürlichen“ Lage, korrigieren sollen (S. 265). 2) Aber „auch das gebieterischste Marktdiktat kann nicht gegen, sondern nur innerhalb der ökonomischen Werte-, Preis- und Verteilungsgesetze wirken, sie nicht aufgebend, sondern bestätigend und erfüllend“ (S. 266).

Dass er in Bezug auf staatliche Beeinflussung der *personellen Verteilung* sagt: „Die Grenzen sind ungleich weiter gesteckt“ (S. 270), hat ihn u. a. davor bewahrt, in der Dogmengeschichte als lupenreiner Neoliberaler verbucht worden zu sein.

Auf Böhm-Bawerk aufbauend, lässt sich m. E. die Frontstellung innerhalb der Zunft der Volkswirte erkennen: die eine Seite der Diskussionsteilnehmer, die ökonomistische, forderte: erst Herstellung der Konvergenz und dann als Krönung die gemeinsame

⁵ Eugen v. Böhm-Bawerk, Macht oder ökonomisches Gesetz? In: Zeitschrift für Volkswirtschaft, Socialpolitik und Verwaltung, Bd. XXIII, 1914, S. 205-271

Währung, während die andere Richtung, die monetaristische, in der Ankündigung und der Existenz der Währungsunion selbst das Konvergenzvehikel Nr. 1 sah. Nach dem Motto, es liege im Interesse aller verantwortlichen Beteiligten und Nutznießer, die Überlebenszwänge zu erkennen, zu bejahen und in solche Reformen umzusetzen, die die „Wettbewerbsfähigkeit“, das Zauberwort seither – der produktivitätsmäßigen Zurückgebliebenen ausreichend steigern würde. Noch weitaus wichtiger schien zunächst zu sein, die Gleichzeitigkeit von Währungs- und politischer Union zu fordern (als die 2 Kehrseiten derselben Medaille). – Das sollte heißen: ohne „politische Union“ keine Währungsunion! P. Steinbrück sieht in der Nichterreicherung „einer politischen Union mit einer koordinierten Wirtschafts- und Fiskalpolitik den Geburtsfehler der Währungsunion.“⁶

Ich teile diese Auffassungen nur bis zu der Konklusion, dass es bis heute keine Währungsunion geben würde, hätte man diese Forderung nach Gleichzeitigkeit allen Ernstes berücksichtigt. Dass eine WU bei der Erfüllung aller stipulierten wirtschaftlichen Voraussetzungen, vor allem bei einer von vornherein eng begrenzten Teilnehmerzahl, hätte funktionieren können, also ohne die Vorbedingung der politischen Union in Teilen oder insgesamt sofort zu erfüllen, möglicherweise lange hätte funktionieren können, habe ich mir sehr wohl vorstellen können.

b) Die Theorie eines optimalen Währungsraumes - Optimum Currency Area (OCA)

Ein Analyse-Konzept, das die Besonderheiten, Voraussetzungen und Herausforderungen einer Verschmelzung klar von einander geschiedener Währungsräume behandelte, lag in Gestalt der sogen. OCA, der „Optimum Currency Area“ vor. Dieses Konzept wurde auf wenigen Seiten des American Economic Review im Jahre 1961 von dem amerikanischen Ökonomen Robert Mundell entwickelt.⁷

Er unternahm also lange, bevor Europas Politiker anfingen, eine Währungsunion für möglich und notwendig zu erachten, die Vorteile einer gemeinsamen Währung mit den Kosten der Aufgabe einer nationalen, d. h. unabhängigen Geldpolitik zu vergleichen. Je stärker die Wachstums- und Konjunkturzyklen voneinander abwichen und je schwächer die Flexibilität (Reagibilität) der politischen und wirtschaftlichen Kräfte einer nationalen Volkswirtschaft auf sogen. asymmetrische Schocks im gemeinsamen Währungsraum ausgeprägt wären, desto größer die Kosten = Nachteile und desto schwieriger würde es für demokratisch verfasste Staaten, an einer Einheitswährung teilzunehmen.

Hätte man Mundells Maßstäbe an die Maßnahmen, an die Fundamente der Konzeption der Europäer gelegt, hätte man feststellen müssen, dass die für eine Währungsunion in Aussicht genommenen Wirtschaftszonen schlicht und einfach nicht geeignet waren und auch nicht in einem überschaubaren Zeitraum u. a. durch intensivierte Faktormobilität entwickelt werden konnten. Auf welcher Basis die „Hohen Vertrag schließenden

⁶ Peer Steinbrück, „Unterm Strich“, Hamburg 2010, S. 20

⁷ Robert Mundell, A Theory of Optimum Currency Areas, American Economic Review (1961)

Parteien“ des Maastricht-Vertrages das Projekt trotzdem mit insgesamt unzulänglichen Vorkehrungen in Gang brachten, beschreibt der Sachverständigenrat, nachdem die Gebrechen offenkundig geworden waren, wie folgt: „Das derzeitige Regelwerk hat in drei Bereichen versagt Stabilität der öffentlichen Finanzen des privaten Finanzsystems und dass der Vertrag - über die No-bail-out-Klausel hinaus – keinerlei Vorkehrungen für Krisenfälle getroffen hatte.“⁸

c) Die Stellungnahme der „ökonomistischen“ Bundesbank

Vor dem Hintergrund der Grundlagenarbeiten zur Vorbereitung einer Währungsunion ab 1989 beriet der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank im Sommer 1990 über viele Wochen hinweg über die mit der „Entscheidung einer Wirtschafts- und Währungsunion in Europa“ verbundenen Fragen und verabschiedete am 6. September in Bremen einstimmig eine Stellungnahme. Weitere einstimmige Stellungnahmen folgten am 7. November 1991 und am 23. Januar 1992.⁹

Während sich die Bundesbank ihrem gesetzlichen Auftrag, die Regierung wirtschaftspolitisch zu unterstützen und zu beraten, unterzog und die Kommissionsarbeiten ab 1990 ihren europaweiten Lauf nahmen, war das Interesse an den Verhandlungen zumindest in der deutschen Öffentlichkeit nicht besonders ausgeprägt. (Schiller spricht von einer „Mauer des Schweigens“).

Das lag an drei Faktoren: Einmal war die deutsche Vereinigung zum beherrschenden Thema unserer Innenpolitik geworden und zum anderen wussten die Beobachter der europäischen Fortschritte aus langer Erfahrung, dass der Zeitbedarf für grundlegende Entscheidungen immer sehr groß gewesen und Vorgaben selten eingehalten worden waren. Angesichts der bedeutsamsten Weiterentwicklung von Politik und Wirtschaft Europas, die schließlich sogar in eine gemeinsame Währung münden sollte, war es nicht unrealistisch anzunehmen, dass die bisher gewohnten Zeitbudgets eher überzogen werden würden. Hatte nicht außerdem der deutsche Kanzler die strenge Verzahnung von Fortschritten bei politischer und Währungsunion zur unabdingbaren Forderung erhoben ? In seiner Rede am 27. August 1991 anlässlich des Wechsels in der Leitung der Bundesbank führte er aus: „Zu unseren unverzichtbaren Grundpositionen gehört auch die Forderung, dass die beiden Regierungskonferenzen über die Wirtschafts- und Währungsunion wie über die Politische Union eine untrennbare Einheit bilden“ (Unterstreichung im Original). „Beide Konferenzen wollen wir bis zum Jahresende abschließen,“¹⁰ Was Kohl unter „untrennbarer Einheit“ und „unabdingbarer Forderung“ verstand, blieb ungesagt !

Die Annahme der meisten Akteure in Deutschland, „gut Ding will Weile haben“, erwies sich als ein Irrtum.

⁸ Jahresgutachten 2010/11, Chancen für einen stabilen Aufschwung, Wiesbaden, Nov. 2010, S. 67

⁹ Sie wurden auf den Seiten 95, 101 und 103 in der von mir herausgegebenen Schriftenreihe „Hamburger Beiträge zur Wirtschafts- und Währungspolitik in Europa“, Heft 9 „Abschied von der D-Mark?“ abgedruckt. Dort findet sich auf den Seiten 45 – 86 auch eine Wiedergabe der Bundestagsdebatte vom 13. Dezember 1991.

¹⁰ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Manuskript der Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl, S. 8

Der Zentralbankrat schlug sich eindeutig auf die Seite der „Ökonomisten“, um einerseits zur Wahrung der deutschen Interessen und andererseits zur unbedingt notwendigen Funktionsfähigkeit eines mit „beträchtlichen Risiken“ verbundenen politischen Projekts beizutragen. Die im folgenden zitierten vier Passagen lassen diese Absichten erkennen:

- 1) „Die Errichtung einer Währungsunion bedeutet die unwiderrufliche Fixierung der Wechselkurse zwischen den beteiligten Währungen. Die teilnehmenden Volkswirtschaften werden so im Währungsbereich auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden“; es werde „damit eine nicht mehr kündbare Solidargemeinschaft“ begründet;
- 2) „Die EG ist noch immer durch große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten gekennzeichnet“, es handele sich um „noch immer tief sitzende und zum Teil sogar wieder zunehmende Divergenzen“;
- 3) Daraus wird abgeleitet: eine „hinreichende Verpflichtung zu einer dauerhaften Stabilitätsorientierung der Finanzpolitik mit bindenden Regeln und Sanktionen“ einschl. „weitgehender Bindung in Form einer umfassenden politischen Union“;
- 4) Das europäische System der Zentralbanken (EZBS) dürfe weder den „öffentlichen Haushalt der Gemeinschaft (noch) den Mitgliedsländern Kredite gewähren, eine den Erfordernissen der WWU entsprechende Budgetdisziplin (müsste) gewährleistet werden“; „die Eigenverantwortung der Mitgliedschaften dürfe nicht geschwächt“ werden und „die Konvergenz in der Gemeinschaft“ müsse „nachhaltig“ sein.

Wer diese programmatischen Sätze liest, wird zu dem Schluss kommen, dass es in unseren Tagen (noch) keine Währungsunion in jetzigem Format gäbe, wäre die Bundesbank von der Politik ernst genommen worden !

In einem in letzter Minute akzeptierten Protokoll der Verhandlungen in Maastricht wurde zusätzlich verdeutlicht, was wirklich gewollt war: „Die hohen Vertragsparteien erklären die Unumkehrbarkeit des Übergangs zur dritten Stufe der EWU“.

d) Dynamik der Herausforderungen durch die neue Währungsordnung (antizipiert im Jahre 1993)

Von den Konvergenzkriterien ausgehend, hatte ich in „Unser Geld“ die zu erwartenden dynamischen Effekte in der Europäischen Währungszone untersucht, die sich einstellen müssten/würden, wenn zwei Linien aufeinandertreffen: eine neue, d. h. einheitliche und von den Verträgen stipulierte unumkehrbare gemeinsame Währung und eine produktivitätsmäßig und sozial-kulturell stark zerklüftete Welt im Herzen Europas.¹¹

Ich studierte und verglich die im Zeitverlauf entstandenen Ergebnisse des Wirtschaftens der EG im Hinblick auf das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, Produktivität, Arbeits- und Lohnstückkosten, Offenheitsgrad der Volkswirtschaften, Struktur der Exporte der EG-

¹¹ S. „Unser Geld“, a. a. O. S. 55 – 68, S. 149 - 189

Länder nach Regionen, die mangelnden Vorkehrungen für eine wirksame Haushaltsdisziplin und welche Bedeutung das erprobte und funktionstüchtige Europäische Währungssystem (EWS) für die Integration des Binnenmarktes und die organische Fortentwicklung der Europäischen Währungsunion hatte.

Welche Höhen und Tiefen, vor allem Erfolge, das System in den 20 Jahren seiner Existenz erreichte, ist ausreichend dokumentiert worden.¹² Den schließlichen „Erfolg“ dahingehend zu interpretieren, die Zeit sei reif gewesen für den Riesenschritt vorwärts, die qualitative Veränderung nicht nur wagen zu können, sondern sogar zu müssen und den Erfolg auch garantieren zu können, erweist sich aber immer mehr als der verhängnisvolle Fehlritt einer staatlicherseits veranstalteten „endgültigen“ Währungsordnung.

Ich berichte über die wesentlichen Schlussfolgerungen der damaligen Expertise.

So gut wie alle heranziehenden Wirtschaftsindikatoren machten deutlich, dass die EU-Länder sich auf mehr oder weniger unterschiedlichen Stufen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung befanden, als sie monetär vereint werden sollten.

- 1) Solange Produktivitätsunterschiede in den von mir sichtbar gemachten Größenordnungen bestehen, müssen zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit in den produktivitätsschwachen Regionen entsprechende Arbeitskostenvorteile in Form niedriger Löhne, längerer Arbeitszeiten, niedriger Steuern, Mieten etc. vorliegen und anhalten. In einer Währungsunion würde eine Angleichung der Arbeits- und Lohnkosten an die Länder mit höheren Arbeitskosten ohne parallele Verbesserungen des Produktivitätsniveaus zu einer weiteren Verarmung und Destabilisierung in allen rückständigen Regionen führen. In den Gebieten, die innerhalb der führenden Länder unterdurchschnittlich produktiv sind, würden die Auswirkungen durch innerstaatliche Leistungen ausgeglichen werden müssen. Das ist sehr ausgeprägt in den USA, aber auch in der Bundesrepublik der Fall und würde mit Sicherheit eintreten, sobald die Schicksalsgemeinschaft konkret wird und in eine Haftungsunion einmünden würde.
- 2) Aus positiven oder negativen Salden der Leistungsbilanz und deren Relation zum Bruttoinlandsprodukt eines Landes lassen sich – über eine längere Periode hinweg betrachtet – grobe Anhaltspunkte für eine Beurteilung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit gewinnen. Während von 1974 bis 1983 im Durchschnitt in neun von zwölf EG-Ländern Defizite von zum Teil großem Ausmaß auftraten (Irland, Portugal und Dänemark) und nur zwei Überschussländer (Deutschland und die Niederlande, Luxemburg zählt hier nicht) zu verzeichnen waren, ist das Bild 1991/92 ausgeglichener gewesen: Nur noch die Hälfte, also sechs der Länder wiesen Defizite auf. Von diesen waren immerhin fünf auch von 1974 bis 1983 und fast ausnahmslos in den Jahren danach defizitär (Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Portugal und Spanien).

¹² Die Deutsche Bundesbank hat eine Publikation zu “50 Jahre Deutsche Mark“, München, 1998, herausgegeben. Unter der Überschrift „Geldpolitik bei wachsender Integration (1979-1996)“ ist Ernst Baltensperger auf Geschichte und Erfahrungen des Europäischen Währungssystems ausführlich eingegangen (S. 475-560). Ich verweise auf die ausführliche Darstellung meiner Sicht der Dinge in „Unser Geld“, a. a. O., Kap. A, VII „Monetäre Kooperation in Europa – Der Weg nach Maastricht“, S. 44-71, und Kap. D, II „Integration im Ausmaß der Konvergenzfortschritte“, S. 204-208

Die Leistungsbilanzposition eines jeden Landes entscheidet auch in einer Währungsunion über Beschäftigungsmöglichkeiten, Kapitaltransaktionen und Wohlfahrtsgewinne aus verstärkter internationaler Arbeitsteilung. Deshalb wird auch unter den Bedingungen eines Systemwechsels jedes Land auf die Entwicklung der Struktur seiner Außenbeziehungen großes Gewicht legen müssen.

3) Die Unterschiede der untersuchten real-strukturell bedingten Ergebnisse des Wirtschaftens finden ihren zentralen wirtschaftlichen Ausdruck in der internationalen Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Die hierfür bestimmenden und im einzelnen aufgezählten Faktoren sind nichts Statisches.

Was geschieht, wenn auf die unaufhörlich ablaufenden, keineswegs immer kurz- oder mittelfristig steuerbaren Prozesse bei real beachtlich voneinander abweichenden Entwicklungsständen eine einheitliche Währung eingeführt wird ?

Weil alle wesentlichen wirtschaftlichen Vorgänge, Institutionen und Verhaltensweisen berührt werden, wenn die finanzielle Verbindung zur Außenwelt eine neue Dimension oder Qualität erhält, sind die Auswirkungen zwar im einzelnen nicht immer sofort zu bestimmen, aber mittel- und langfristig von umfassender Art. Vom Tag der Wechselkursfixierung an verliert jedes Land den Wechselkurs als „Anpassungsventil“ für divergierende reale und nominale Ausgangslagen und Entwicklungen. In offenen Volkswirtschaften müssen jetzt im Prinzip alle, vor allem aber die real-strukturell benachteiligten Länder, darauf bedacht sein, nicht nur nicht zurückzufallen, sondern ihre Produktivität überproportional zu erhöhen. Nur dann vermögen sie ihre absolut und relativ inferiore Position zu verbessern. Da angenommen werden muss, dass ihre bisherige Rückständigkeit auf schwer zu verändernden Faktoren beruhte, dürften die Anforderungen an die politische Steuerungsfähigkeit erst recht zunehmen. Denn mit Inkrafttreten der Währungsunion gibt es keinen mehr oder weniger autonom zu bedienenden Hebel der Wechselkursanpassung mehr, um Fehlanpassungen politisch relativ schmerzlos zu korrigieren.

Mit anderen Worten, ein Land, das seine außenwirtschaftliche Manövrieraufgabe aufgibt, verordnet sich die stärkste Peitsche zur Steigerung seiner Wettbewerbsfähigkeit überhaupt. Bis die wettbewerbsbegünstigende Regruppierung aller Produktivitätsfaktoren gelungen ist, geht unter Umständen viel Zeit ins Land, und die Frage besteht darin, was eine Regierung ihren Landsleuten an Opfern glaubt zumutzen zu können. Nicht zuletzt hängt der Erfolg davon ab, wie viel die Gemeinschaft der „Währungsunierten“ an ausgleichenden Unterstützungszahlungen zu gewähren bereit ist, um bedrängten Volkswirtschaften für eine gewisse – unter Umständen unbestimmt lange - Zeit beizustehen.

Da die „Peitsche der Währungsunion“ über allen Währungsteilnehmerländern geschwungen wird und alle vorantreibt, ist nicht auszuschließen, dass in diesem

Wettrennen die zurückhängenden Länder bisher nicht für möglich gehaltene Anstrengungen unternehmen und Erfolge aufweisen. Doch holen sie nicht auf, verbessern ihre Position nicht, wenn die Kräftigeren im Verbund noch kräftiger werden und die Märkte entweder für sich behalten oder ihre Anteile sogar noch vergrößern.

Es gilt der Satz, dass die Chancen größer sind, sich in einer Währungsunion zu behaupten, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse annähernd gleichartig sind. Und es gilt außerdem, dass die politischen Entscheidungsinstanzen kräftig, zielbewusst und verlässlich steuern müssen, damit die wahrscheinlich lange Inkubationszeit bis zur Realisierung ökonomischer Vorteile durchgehalten werden kann. (Soweit die Kernsätze meiner Analyse der zu erwartenden Herausforderungen der neuen Währungsordnung).

Anmerkung 1: Selbst bei der hier (1993) gewählten Annahme war also keineswegs sicher, dass die schwächeren Länder den Kampf um gleichberechtigte, gleichbefähigte Wettbewerbspositionen jemals würden gewinnen können. Wie viel geringer mussten aber die Chancen sein, als sich herausstellte, dass die Länder Griechenland, Italien, Irland, Portugal, Spanien und auch Frankreich nicht in der Lage waren (nicht daran dachten), ihre Volkswirtschaften und ihre gesellschaftlichen Grundlagen so zu reformieren, dass sie wettbewerbsfähig zu werden vermochten. Stattdessen haben sie den kurz- und mittelfristig politisch leichteren Weg gewählt und sich auf den Vorteilen, vor allem der Halbierung der Zinsen, ausgeruht und die mühselige, politisch oft undankbare Arbeit der Modernisierung nicht angepackt. Die Versuchung der Regierungen, den Verführungen des Existenzschutzes durch die Währungsunion nachzugeben, war zu groß (und wird es höchstwahrscheinlich auch bleiben, so lange in demokratischer Weise um die politische Macht in den Teilnehmerländern gekämpft wird).

Anmerkung 2: Die von Deutschland erarbeiteten und den schwächeren Ländern „geschenkten“ Vorteile der sofortigen und drastischen Zinssenkungen nach Beginn der Währungsunion verdienen, unbedingt hervorgehoben zu werden. Denn nach Art. 109 des Maastrichter Vertrages sollen überall gleich hohe langfristige Zinssätze „die Dauerhaftigkeit der erreichten Konvergenz andeuten“. Kurioserweise trat diese Nivellierung sofort ein, als von Konvergenz überhaupt noch nicht gesprochen werden konnte, und sie ging verloren, als die Heterogenität im Verlauf der Währungsunion nach 12 Jahren Praxis unübersehbar zugenommen hatte. Die folgenden Zahlen lassen die Entwicklung zu den beträchtlichen Zinssenkungen erkennen:

Zinsausgaben, Anteil am BSP ¹³		
	1992 - 1996	2009
Deutschland	3,3 %	2,6 %
Belgien	9,5 %	3,6 %
Griechenland	11,1 %	5,3 %
Spanien	4,9 %	1,8 %
Italien	11,3 %	4,7 %
Portugal	5,6 %	2,8 %

¹³ European Economic Forecast, Autumn 2010, Tab. 38, S. 202

Wieweit die Zinskonvergenz inzwischen verloren gegangen ist und damit angedeutet werden kann, wie weit die WU schon auseinander gefallen ist, zeigen beispielgebend folgende Zahlen:

Renditen 10-jähriger Staatsanleihen, Ende März 2011 (Ende Mai 2011): Deutschland 3,3 (2,99); Spanien 5,5 (5,75); Portugal 7,5 (10,10); Irland 9,5 (11,10); Griechenland 12,8 (17,25) %.

Inzwischen wird nicht erst seit Beginn der Euro-Krise von niemandem mehr ernsthaft bestritten, dass Konvergenz, d. h. ein Gleichlaufen der großen wirtschaftlichen Entwicklungslinien in verschiedenen Volkswirtschaften nicht nur nicht erreicht, sondern ins Gegenteil verkehrt wurde: Wirtschaftlich ist Europa auseinander- und nicht zusammen gewachsen! Um Willy Brandt zu paraphrasieren: Was nicht zusammen gehört, wächst auch nicht zusammen!

Es mag genügen, auf das „Sondermemorandum“ der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik hinzuweisen. Diese Gruppe hat sich stets - und tut es immer noch – für die Gemeinschaftswährung eingesetzt, ist also über jeden grundsätzlichen Zweifel am Abenteuervorhaben erhaben. Zu Anfang ihres Rettungspapiers wird festgestellt: „Nicht der naiverweise (!) erwartete Abbau der ökonomischen und sozialen Divergenzen zwischen den Mitgliedsstaaten ist in den letzten 12 Jahren vorangeschritten. Vielmehr dominiert eine Auseinanderentwicklung, die durch die massiven Exportüberschüsse im Europaraum vorangetrieben worden ist. Es werden allerdings nur wenige Symptome diskutiert. Einige Mitgliedsländer (können) aus eigener Kraft ihre Probleme nicht lösen“¹⁴

Außer Frage steht aber auch, dass diese „Auseinanderentwicklung“ – weil systememanent – forschreitet, also unabhängig vom jeweils präferierten systembezogenen wirtschaftspolitischen Eingreifmuster die Erosion der wirtschaftlichen Grundlagen des Währungsraumes beschleunigen wird. Die Divergenzen werden „chronisch“, d. h. nicht korrigierbar.

e) Die Expertisen der „4 Kläger“ vor dem Bundesverfassungsgericht veröffentlicht in rororo-Aktuell:

- 1) Die Euro-Klage – Warum die Währungsunion scheitern muß, 1998**
- 2) Die Euro-Illusion – Ist Europa noch zu retten ? 2001**

Im Sommer 1997 fanden sich Wilhelm Hankel, Karl-Albrecht Schachtschneider, Joachim Starbatty und Wilhelm Nölling zusammen, um mit den Waffen der politisch motivierten Wissenschaftler gegen die drohende Gefahr einer überhasteten und fehlenden Voraussetzungen ausgelieferten EWU zu kämpfen. Man wird in der Nachkriegszeit schwerlich eine Gemeinschaft von Professoren finden, die auf höchstem fachlichen Niveau und mit beispiellosem Einsatz nach dem Motto gehandelt hat: „Und tue was Du schuldig bist zu tun in Deinem Berufe.“ (Martin Luther)

¹⁴ Sondermemorandum , veröffentlicht (verfügbar) ab 22. Februar 2011, S. 2

Um auf die zentralen Anliegen zu verweisen, werden Teile der Vorworte zu beiden Büchern zur Kenntnis gebracht.

1) Die Euro-Klage (1998)

„Die Währungsunion muss scheitern, wenn bereits beim Start die politische und wirtschaftliche Basis brüchig ist. Die Verfasser haben sich zusammengefunden, um einer Entwicklung, die Europa in den Grundfesten erschüttern wird und vielleicht sogar das bisherige Aufbauwerk wie den Turmbau zu Babel einstürzen lässt, doch noch eine andere Richtung zu geben. Wir schulden dies unserem beruflichen Selbstverständnis.“

Wir bringen unterschiedliche berufliche und wissenschaftliche Erfahrungen und Kenntnisse in unser Vorhaben ein. Gemeinsam ist uns die lebenslange Beschäftigung mit der europäischen Integration, die Verwurzelung im europäischen Denken, die Liebe zu Europa. Dies gibt uns die Zuversicht, dass schließlich doch noch politische Weitsicht, ökonomischer Verstand und Rechtstreue die Oberhand gewinnen. Dabei setzen wir auf die Institutionen, die tragende Pfeiler unseres demokratischen Gemeinwesens sind – das Bundesverfassungsgericht und die Deutsche Bundesbank. Wir vertrauen darauf, dass das Bundesverfassungsgericht an seinem Votum festhält, aus der Währungsunion müsse eine Stabilitätsgemeinschaft werden. Wir vertrauen darauf, dass die Bundesbank ihrer Aufgabe, Hüterin der deutschen Währung zu sein, treu bleibt. Auf ihnen ruht die Hoffnung der Deutschen, dass mit ihrer vertrauten Währung kein Schindluder getrieben wird.“

2) Die Euro-Illusion (2001)

„Wir vier Eurokläger aus dem Jahre 1998 haben uns entschlossen, die zentralen Fragen an die Währungsunion noch einmal zu stellen und sie im Lichte der Erfahrung aus den drei ersten Euro-Jahren erneut zu beantworten.“

Wir tun dies diesmal vor der Öffentlichkeit und nicht vor dem höchsten deutschen Gericht, das unsere Euro-Klage verworfen hat. Das Gericht, das die Pflicht hätte, die Grundrechte der Bürger zu schützen, hat – statt Recht vor Politik zu stellen – Politik vor Recht gesetzt.

Die Währung ist nicht Sache einer Regierung, sondern des Volkes. In ihr wird seine Arbeit entlohnt, und in ihr legt es seine Ersparnisse an. Deswegen hat es auch ein Recht zu erfahren, was aus seinem Geld wird – besonders dann, wenn es gegen ein anderes ausgewechselt werden soll. Man darf das Volk nicht mit nichtssagenden, dafür aber kostspieligen Werbesprüchen abspeisen.

Wir wenden uns daher mit dieser Schrift an die Bürger unseres Landes, aber auch an die Medien und die Politiker, von denen wir wissen, dass viele von ihnen die Entwicklung nicht anders als wir mit großer Sorge betrachten. Wir wollen ihnen Mut machen, zu ihrer Meinung zu stehen und ihnen Argumente an die Hand geben.“

Dass es unser Schicksal war, als „Rufer in der europäischen Währungswüste“ von den Politikern und vom Bundesverfassungsgericht nicht gehört zu werden, hat uns nie entmutigt, zu unseren Argumenten zu stehen und für eine überlebensfähige Alternative zu kämpfen.

Meine eingangs aufgeworfene Frage, ob es an fehlenden nationalökonomischen Erkenntnissen und/oder unkritischen, passiv sich verhaltenden Ökonomen gelegen haben könnte, dass das Abenteuer Euro begonnen wurde, muss verneint werden. Aber die Proteste waren nicht breit genug angelegt, nicht wirklich nachhaltig. Von gelegentlichen „Aufwallungen“ der Fachkollegen hat sich die politische Öffentlichkeit nicht bewegen lassen. Immerhin: es hat aber keine prinzipiellen Defizite an Sachverstand, wohl aber zu wenig Mut in Deutschland in der Auseinandersetzung mit den politischen Wunschträumen gegeben.

Innerhalb der Gruppe der deutschen VWL-Professoren hat es Bekennermut gegeben, allerdings mit gegensätzlicher Stoßrichtung: Im Juni 1992 hatten 60 deutsche Ökonomen vor der „Zerreißprobe“ der EWU gewarnt und Anfang 1998 gab es noch einmal einen „dramatischen Aufruf“ von diesmal sogar 155 deutschen und österreichischen Ökonomie-Professoren, die, wie wir, erreichen wollten, die Währungsunion erst einmal auf Eis zu legen.¹⁵

Soweit mir bekannt wurde, hat es nur im Jahre 1992 eine Aktion zur Unterstützung der Währungspläne gegeben. Es wurde eine „Stellungnahme“ europäischer Wirtschaftswissenschaftler für die Währungsunion veröffentlicht und bekannt gegeben, dass von 87 Angeschriebenen innerhalb von vier Arbeitstagen 63 geantwortet hatten, davon (ebenfalls) 60 positiv“.

Aus den Reihen der deutschen Politik gibt es bis auf den ehemaligen Hamburger Ersten Bürgermeister Henning Voscherau keine Persönlichkeit von Rang, die sich wie er so sachverständig-kritisch und deutlich gegen den Geldwechsel ausgesprochen hat (im Jahre 2001).

Aber vor Voscheraus spätem Bekenntnis war es Karl Schiller, der nicht vergessen werden darf.

Neben Ludwig Erhard ist Karl Schiller der am stärksten in Erinnerung gebliebene Wirtschaftspolitiker Deutschlands nach dem 2. Weltkrieg. Erhard stand der Intensivierung der europäischen Wirtschaftsintegration vorsichtig bis eher ablehnend gegenüber. Jedenfalls kann dieser für Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung nach dem Kriege wichtigste Politiker für die Kursänderung „Aufgabe der D-Mark“ zugunsten einer Verschmelzung mit anderen europäischen Währungen nicht herangezogen werden.

Wie war es mit Karl Schiller, bei dem ich 1957 studiert hatte, mit dem ich lange Zeit dem Bundestag angehörte und ab Mitte der 70iger Jahre bis zu seinem Tod 1994 in Kontakt geblieben war?

¹⁵ Abgedruckt in der FAZ v. 9. Februar 1998 unter der Überschrift „Der Euro kommt zu früh“, S. 15

Er war insgesamt mehr als 7 Jahre Wirtschaftssenator, sowohl in Hamburg als auch in Berlin und von 1966 – 1972 Wirtschaftsminister unter dem Bundeskanzler Willy Brandt und eine Zeitlang auch noch Finanzminister dazu. Bis zuletzt war er ein entschiedener Gegner aller Pläne zur Abschaffung der D-Mark (was weitgehend in Vergessenheit geraten ist).

Schiller fürchtete, dass es mit dem Vertrag von Maastricht „einer (klein-)europäischen Währungsunion, an die Substanz geht“, zumal er „Grundgesetz und D-Mark“ in den Rang von „Kernstücken unseres Verfassungspatriotismus“ erhoben hatte und vor der „Teilnahme an einer überhasteten europäischen Währungspolitik“ mit der Gefahr von „erheblichen Spannungen“ und „großen Transferzahlungen“ aus Deutschland eindringlich warnte.¹⁶

Er schrieb sich am 9. Dezember 1991 im *Spiegel* Nr. 50 einen Wunschgedanken vom Herzen: Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion „wird unzweifelhaft erst mal eine enorme Last auch für unsere Volkswirtschaft sein Die EU ist aber durchaus aufschiebar Das wahre Wunder an der Maas wäre heute die ehrliche Vertagung des Gegenstandes Zur Besinnung auf Gesamteuropa.“

Mächtige aber wirkungslose Unterstützung erhielt Schiller sozusagen postum von Rudolf Augstein: „Der Euro kommt Er wird nicht funktionieren“. Seine „Einführung zielt darauf ab, Deutschland zu schwächen“¹⁷

US-amerikanischer Sachverstand hat die Diskussion angereichert. Die weltberühmten Ökonomen Milton Friedman, James Tobin, Martin Feldstein und Paul Krugman machten ihre Bedenken öffentlich deutlich.¹⁸

Schon 1997 hatte Martin Feldstein fast buchstäblich „schweres Geschütz“ aufgefahren, als er vorhersah, dass die einheitliche Geldpolitik zu erheblichen Streitigkeiten führen werde; sie „will become a source of serious conflict among the member countries“, ein „intra-european war“ sei eine „too real a possibility to ignore“.¹⁹

Milton Friedman z. B. meinte im Jahre 2002: „Die Menschen zocken gerne. Euroland bricht in 5 – 15 Jahren auseinander.“²⁰ Danach wäre ja in spätestens sechs Jahren alles vorbei.

Für mein Verständnis hat der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger mit unübertreffbarer Präzision gesagt, worum es eigentlich ging: „It is difficult to see how the Monetary Union can succeed. It is more difficult to imagine that it will be permitted to fail.“²¹

¹⁶ Karl Schiller, „Der schwierige Weg in die offene Gesellschaft“, Siedler-Verlag, Berlin 1994, S. 190 - 193

¹⁷ In Spiegel-Special 2/98

¹⁸ S. Wilhelm Nölling, Über die „Angst“ der Amerikaner vor dem Euro, Heft 11 Hamburger Beitrag zur Wirtschafts- und Währungspolitik in Europa, Hamburg, Dez. 1998, S. auch Paul Krugman „Can Europe be saved? In New York Times, January 12, 2011

¹⁹ Martin Feldstein, EMU and International Conflict - Monnet was mistaken, in Foreign Affairs, Nov./Dec. 1997

²⁰ In CAPITAL 15/2002

²¹ Henry Kissinger, „A New Union in Europe“, in Washington Post, 29. Mai 1998

III. „Der Löw‘ ist los – Wer ist daran Schuld?“

Nachdem im Mai 2010 beispiellose Maßnahmen ergriffen werden mussten, um die Währung des Kontinents vor dem Absturz zu retten, ist meine Frage nach der Mittäterschaft m. W. nur von der Zeitung „Junge Freiheit“ gestellt worden. Unter der Überschrift „Die Schuldigen“ sind auf einer ganzen Seite die Verantwortlichen für das Euro-Abenteuer benannt worden (sicher nicht vollständig), d.h. die politischen Wegbereiter, wissenschaftlichen und juristischen Befürworter sowie die Propagandisten aus den Medien²². Unter den 24 und mehr „Wegbereitern“ taucht zwar der Name O. Issing auf, aber nicht der Name H. Tietmeyer. Beide hatten in der Endphase der Vorbereitungen zur nachhaltigen Betonierung der Währungs-Neuordnung im Zentralbankrat im März 1998 dafür geworben und gestimmt, die Funktionsfähigkeit auf Grund erreichter Konvergenz zu bejahen. Andererseits hat Tietmeyer bis dahin die Fahne der währungsökonomischen Vernunft lange und standhaft hochgehalten, d. h. die Linie der Bundesbank in entscheidender Weise mit bestimmt.

Issing hat sich, nachdem er im Jahre 2006 den Posten als Chefökonom der EZB verlassen und kurz danach zum „Senior Advisor“ von Goldman Sachs abgestiegen war, sachverständig, sozusagen aus der Sicht des „nicht-involviert-gewesenen“ Ökonomieprofessors geäußert; z. B. im Handelsblatt meinte er, bei der Krise handele es sich um „Fehlentwicklungen, die dem Grunde nach bereits mit dem Start der WU einsetzen ... (seien) alles andere als eine Überraschung: Die Krise kam alles andere als unerwartet.“²³ An anderer Stelle beklagt er, man habe den Politikern geglaubt, dass sie die Voraussetzungen zum Gelingen schon schaffen würden!

Als Tietmeyer in „DIE ZEIT“ vom 26. April 1996 feststellte, er sei kein Gegner, sondern ein nachhaltiger Befürworter der Währungsunion und dann hinzufügte: „wobei ich allerdings die Schaffung eines tragfähigen und ökonomischen und politischen Fundamentes für unerlässlich halte“, war es um seinen Ruf bei den unbedingten Befürwortern des Euro – wie Helmut Schmidt – geschehen. Dass seine Einschränkung von ökonomischer Vernunft und politischer Verantwortungsbereitschaft zeugte, ließ Schmidt allerdings nicht gelten. Er antwortete: „Ich werde Sie auch weiterhin als den wichtigsten Gegner der Währungsunion ansehen“ Und nachdem er Tietmeyer „3 Irrtümer“, d.h. großer Fehler gezielt hatte, gibt er drei Bekenntnisse ab:

„Auch mir scheint ein hohes Maß an Gleichlauf (‘Konvergenz’) der Volkswirtschaften der Teilnehmerstaaten wünschenswert. Aber für die Funktionstüchtigkeit des Euro ist die Konvergenz keineswegs nötig.“ Und: „Der Euro ist der heute fällige Fortschritt auf dem Wege, den wir seit 1950 mit dem Schuman-Plan beschritten haben.“²⁴

²² „Junge Freiheit“ Nr. 21/10 vom 21.Mai 2010, S. 7: H. Schmidt, H. Kohl, H.D. Genscher, Th. Waigel, W. Schäuble, W. Gerhardt, J. Fischer, J. Rau, G. Schröder, E. Stoiber, O. Lafontaine, H. Eichel; E. Marenholz, J. Limbach, H. Köhler, N. Walter, T. Bofinger, O. Issing, E. Welteke, F. Pleitgen, E. Stolte, G. Steingart, T. Sommer, O. Wickert. (Dass in diese Liste auch O. Henkel gehört, addiere ich der Vollständigkeit halber).

²³ O. Issing. Gefahr für die Stabilität, Handelsblatt v. 11. Nov. 2010

²⁴ Offener Brief an Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer, Die Zeit, Nr. 46, 8. Nov. 1996

So musste seine Position analog zu „ex cathedra Petri“, also diesmal als „ex cathedra Helmut“ verstanden werden, als unfehlbares Dogma für die zukünftige Währungssituation in Europa, herausgearbeitet aus der für logisch gehaltenen Fortsetzung einer von Politikern in Gang gebrachten Entwicklung von vor fast 50 Jahren ! Dass H. Schmidt sich von seiner Kritik an der Bundesbank trotz der offensichtlich inzwischen eingetretenen Machtlosigkeit nicht befreien konnte, beweist seine Aussage vom 7. Dezember 2010: „Im tiefsten Herzen sind die Bundesbanker Reaktionäre“²⁵.

Schmidts Absicht war, Deutschland „einzubetten“ oder „einzubinden“, damit zwei von ihm befürchtete Entwicklungen sich verhindern ließen: Einerseits unverantwortliche Alleingänge Deutschlands bei für sicher gehaltener Machtausweitung und deren verantwortungslosem Gebrauch durch seine politischen Landsleute („Sonderweg“) und andererseits aufkommender Argwohn und „der sich gegen unsere Macht untereinander verbündenden Nachbarn.“

Wie stark die zentrale Begründung Schmidts nachwirkt, zeigt eine Aussage des ehemaligen Mitglieds der Europäischen Kommission Verheugen, der Ende letzten Jahres in einer Befragung im deutschen Fernsehen wie folgt urteilte: „Wir sollten bitte nicht vergessen – dieses ganze Projekt ‚europäische Einheit‘ ist wegen Deutschland notwendig geworden. Es ging immer (darum), Deutschland einzubinden, damit es nicht zur Gefahr wird für andere. Das dürfen wir in diesem Land nicht vergessen. Das spielt jeden Tag noch eine Rolle.“

Ich habe diese Kollektivschuldübernahme und das damit verbundene Misstrauen in unsere Demokratie und die Friedfertigkeit der deutschen Politiker weder verstanden noch akzeptieren können. Ich meine, es müsste für jeden demokratischen Deutschen – und das sind nun mal die meisten – (s. alle Wahlergebnisse der Nachkriegszeit) erlaubt sein, sich für seine nationalen Interessen genauso stark zu machen, wie es alle, ausnahmslos alle anderen Repräsentanten der europäischen Szene für ihre Nation in Anspruch nehmen. Dass es möglich ist, sowohl ein guter Vaterlandsfreund als auch ein guter Europäer zu sein, war und bleibt auch die Grundposition unserer kritisch-konstruktiven Mitarbeit !

Denn zur großen Zahl von „Ironien der Geschichte“ gehört nach meiner Auffassung, dass Deutschland die wesentlichen Voraussetzungen für ein Gelingen der Währungsunion erfüllte - im Gegensatz zu der Mehrzahl der Teilnehmer also wirtschaftlich erfolgreich war - d. h. wettbewerbsfähiger wurde, während eine Schar anderer Teilnehmer dies nicht schaffte. Nun gilt Deutschland aber trotz Währungseinbindung als ein zwar starker, aber unruhiger, orientierungsloser und nicht mehr ganz verlässlicher Partner, der mit seiner Macht nicht zur Zufriedenheit aller in Europa umgehen kann. Dass es Deutschland in dieser Gemengelage „an den Kragen“, d. h. an den Geldbeutel geht, ist ausgemachte Sache.

²⁵ Interview David Marsh mit Helmut Schmidt, Handelsblatt Nr. 237 vom 7.12.2010

Soviel zum Glauben an die positive, zielgenaue und friedensstiftende Prägung durch neu geschaffene Institutionen.

Nun weist Helmut Schmidt auf eine Konsequenz für Deutschland hin, die früher nicht Bestandteil der Befürwortungen war: „Selbstverständlich werden die notwendigen Reparaturen uns Deutsche abermals viel Geld kosten“ Man „müsste erklären, warum wir Deutsche Opfer zu bringen haben.“²⁶ So äußert sich übrigens – meistens fast wörtlich - auch der ehemalige Außenminister J. Fischer.

Ich greife noch einmal weiter zurück: denn wer sich mit der Entstehungsgeschichte der gemeinsamen Währung beschäftigt, kommt an Helmut Schmidt nicht vorbei. Natürlich auch an Helmut Kohl nicht, der die politische Hauptverantwortung zu tragen hat ! Während H. Kohl die Angelegenheit in erster Linie machtpolitisch verstand und keine fachlich untermauerte geistige Führung bieten wollte oder konnte, war H. Schmidt von anderem Kaliber. Er war von Anfang an mit ganzer Seele dabei.

Im Jahre 1992 war ich aufgefordert worden, einen Beitrag zur Festschrift zu seinem 75. Geburtstag zu schreiben und entschloss mich,²⁷ „Helmut Schmidt's Role in Shaping a New European Monetary Order“ darzustellen.

Obwohl er den Maastrichter Vertrag als „hotch-potch of a Treaty Anaemic And most appalling“ beschrieb, hat er ihn ohne Wenn und Aber bis zuletzt unterstützt. Ich würdigte dies schon damals, indem ich schrieb:

„His tireless action in the Committee for the Monetary Union of Europe and in many other places was aimed at promoting ratification of the Maastricht arrangements.“

In den vielen Jahren seitdem ging es durchaus auch rau zu. Von Zimperlichkeit gegen Gegner konnte nicht berichtet werden. Dass die Kritik fast nur von „Möchte-Gern-Experten“ geäußert worden sei, war einer der harmloseren Vorwürfe. Die ablehnende Mehrheit seiner deutschen Landsleute gegenüber dem Euro erklärte er wie folgt: „Das kommt aus dem Gekröse, mit dem Verstand hat das nichts zu tun“.²⁸

Inzwischen ist Helmut Schmidt kritischer geworden, nicht in Bezug auf die Idee, sondern mehr in Bezug auf die Handhabung und glaubt, dass sich mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa „51 %“ in etwa 20 Jahren ein „harter Kern“ herausbilden wird. „Bis jetzt,“ so sagt er wiederholt, „hat die Idee einer europäischen Währung meine volle Unterstützung.“²⁹

In der jüngsten Auseinandersetzung mit dem Harvard-Historiker Niall Ferguson, der den Euro als „Mord an der Europäischen Union“ bezeichnet hatte, bestreitet er, dass es überhaupt eine Euro-Krise gibt. Es gebe zwar „eine Krise der Europäischen Union, aber die Währung ist gut. Das Gerede von einer Euro-Krise ist nicht nur leichtfertig, sondern auch schädlich.“ Ich verstehe nicht, wie dazu seine Prognose der Notwendigkeit einer

²⁶ Die Zeit, „Ohne den Euro ist alles nichts!\", a. a. O.

²⁷ In: Perspectives of Global Responsibility. In Honor of Helmut Schmidt on the Occasion of his 75th Birthday, New York 1992, S. 365 - 381

²⁸ Im Interview mit dem Hamburger Abendblatt 1./2. Sept. 2001

²⁹ Handelsblatt vom 7. Dez. 2010, a. a. O.

Umwandlung in einen „harten Kern“ (wann auch immer?) und seine Ursachenanalyse passen: „Die Ursachen liegen in den fehlerhaften, weil absolut unzureichenden (meine Unterstreichung) Beschlüssen der Maastrichter Konferenz 1991/92.“³⁰

Als Politiker, d. h. ehemaliger Bundesparlamentarier und Senator einer Landesregierung weiß ich sehr wohl, dass die Verantwortung für die Opferung der D-Mark auf dem Thron der Europäischen Einigung unbestritten in letzter Instanz bei den formal und politisch-sachlich zuständigen Institutionen: Bundesregierung, Bundestag, Bundesrat sowie Deutsche Bundesbank und Bundesverfassungsgericht gelegen hat und liegt.

Diese Institutionen haben sich in den Jahren 1990 bis 1998 auf eine beispiellos einmütige veröffentlichte Meinung, aber jedoch nicht, und zwar bis heute nicht, auf eine Mehrheit der deutschen Bürger berufen können. Oft ist unter geradezu unerträglichem Zeitdruck im Parlament entschieden worden und wussten weder alle Abgeordneten noch die Bevölkerung, was wirklich auf dem Spiel stand !

Diese Praxis der Missachtung des Parlamente (und der Öffentlichkeit) wird bis heute – sogar verstärkt – fortgesetzt und führte im Mai 2011 dazu, dass auf Initiative zweier Abgeordneter der Grünen Klagen beim Bundesverfassungsgericht eingereicht werden, weil „die Regierung, das Parlament über Maßnahmen zur Euro-Rettung unzureichend informiert“.

Der „Bundestag habe auch auf Anfrage hin nicht die entsprechenden Entwürfe und Papiere“ erhalten. Während „die Medien jene Informationen erhalten hätten, hätten die Parlamentarier ihre Anträge z. T. auf der Basis von Zeitungsartikeln verfassen müssen“ und sich „den ersten Entwurf für den ESM-Vertrag zunächst aus dem österreichischen Nationalrat besorgt.“ Dann sei der „Bundestag neuerlich brüskiert“ worden, weil sich der Finanzminister nur „mit Blick auf die politische Bedeutung bereit erklärt habe“, die Unterlagen herauszurücken.³¹ Man möchte mit Augustinus antworten: „So wie wir sind (d. h. die Abgeordneten und die Öffentlichkeit), sind auch die Zeiten“.

Unsere regierenden „Führungselen“ wussten allerdings immer, was funktionieren würde und gut für Deutschlands und Europas Zukunft war. Buchstäblich alle verantwortlich zu machenden politischen Institutionen des Landes und die meisten maßgebenden politischen Persönlichkeiten Deutschlands taten alles, um die große Idee einer Einheitswährung zu unterstützen und um anderen jeweils nicht ins Gehege zu kommen.

An die Spitze der politisch wichtigsten deutschen Politiker, auf die es ankam, als die Währungsuniformierung Europas durchgesetzt wurde, gehören Helmut Kohl, Theo Waigel und Hans-Dietrich Genscher. Sie wirkten nach außen und innen wie eine Einheit; sie hatten die Macht, ihre Überzeugungen durchzusetzen, und sie taten es, ohne auf nennenswerten Widerstand in ihren Parteien zu stoßen.

Dass Waigel und so gut wie alle anderen involvierten CDU/CSU-Politiker ebenfalls den Titel „zuverlässigster Schildknappe“ verdienten, ist sicher keine Übertreibung. In diese

³⁰ In: Die Zeit , „..... aber die Währung ist gut“, Nr. 19 vom 5. Mai 2011, S. 21/22

³¹ Welt Online: „Euro-Krise – Grüne verklagen Bundesregierung“, 25. Mai 2011, S. 1

Gruppe gehört auf der Regierungsebene auch der damalige Staatssekretär Horst Köhler, den ich kennen lernte, als er „seinen“ Minister im Zentralbankrat begleitete und in seiner damaligen Funktion erinnernwerte Aussagen machte:

„Es wird nicht so sein, dass der Süden bei den sogen. reichen Ländern abkassiert.“ Diese Möglichkeit wurde also damals in Betracht gezogen: „Dann nämlich würde Europa auseinander fallen.“ K. fährt dann fort: „Zum Glück gibt es eine no-bail-out rule“. ³²

Unmittelbar nach der Rückkehr von der Vertragsunterzeichnung in Maastricht drückte der Bundeskanzler am 13.12.1991 im Bundestag sowohl seine Überzeugung als auch seinen Machtwille unmissverständlich aus, um seine Rolle bei dem ganzen Projekt zu beweisen, indem er u. a. sagte, dass „Widerstände“ und kritische „Überlegungen durch die Entwicklung hinweggefegt werden“. Und er fügte hinzu: „Ich wiederhole, dieses Europa wird 1997 bzw. 1999 eine gemeinsame Währung haben. Wenn man diese säkulare Veränderung unseres Kontinents bedenkt, dann weiß man, dass durch die Tatsache hier Entwicklungen geschaffen wurden, die, obwohl manche das heute noch nicht glauben, **irreversibel** sind.“ Und: „Dieses Geld wird eine große Zukunft haben.“

Ich habe den Bericht über diese Debatte noch mal gelesen (und in Kürze nachgezeichnet) und die Begeisterung des Hohen Hauses wieder einmal nachempfunden. ³³

Dass Helmut Kohl seinen Kollegen H. D. Genscher und Theo Waigel besonders dankte (sowie allen beteiligt gewesenen Beamten), war zu erwarten, dass aber z. B. die SPD-durch ihre Haupt sprecherin, die Juristin Ingrid Matthäus-Meier (die spätere Spitze der KfW), so wirkungsvoll wie kritiklos Beifall zollte und damit zu Protokoll gab, wie unkritisch fast die gesamte SPD zum Projekt stand, verdient festgehalten zu werden.

Die Gemeinsame Entschließung vom 5.12.1997 trägt auch die Unterschrift von Hans-Ulrich Klose und SPD-Fraktion. Es ist schon bemerkenswert, dass die PDS-Fraktion durch ihren Vorsitzenden Modrow die neue Währung aus guten Gründen schon früher einstimmig ablehnte und im Jahre 1998 der Fraktionsvorsitzende Gysi folgende Begründung im Bundestag äußerte: „Man kann einen Kontinent nicht über Geld einen. Wird auch hier nicht funktionieren.“ Europa könnte scheitern, so werde behauptet, wenn die Währungsunion nicht komme; könne aber auch scheitern, wenn man sie einführt. Europa sei von nun ab nichts für die kleinen Leute, die Währungsunion tauge nicht zur Friedenssicherung, sondern erzeuge zusätzliche Spannungen. „Der Euro kann auch spalten.“

In dieser letzten, entscheidenden Debatte vor dem unmittelbaren Beginn der Währungsunion ab 1.1.1999 ragten als Redner naturgemäß die Hauptbefürworter Helmut Kohl und Theo Waigel hervor.

Kräftigerere Wiederholungen zu den deutschen Erwartungen und der Versprechungen über die wohltuenden Wirkungen des neuen Geldes hat es m. W. nirgendwo gegeben.

³² „Wie Horst dem Köhler widerspricht“, Spiegel on-line vom 29. April 2010

³³ S. Wilhelm Nölling, „Abschied von der D-Mark?“, Heft 9 der Hamburger Beiträge zur Wirtschafts- und Währungspolitik in Europa, Hamburg, Februar 1992, S. 45-88

Ich will nur jeweils drei Aussagen der zwei vollmundigsten und wichtigsten Redner nennen (und zwar der Vollständigkeit und der Beweissicherung wegen):

Helmut Kohl: Mit dem Euro leben hieße, die D-Mark vergessen. Wer heute nein sage, „werde schon in wenigen Jahren leugnen, dass er eine solche Meinung vertreten habe“. Der Euro „wird Europa als Raum wirtschaftlichen Wohlstands und monetärer wie sozialer Stabilität festigen“. Und im Oktober 2010 wurde Kohl in der BILD zitiert: „Die Geschichte hat es gut mit uns gemeint. der Euro ist in Wirklichkeit eine einzigartige Erfolgsgeschichte“³⁴

Theo Waigel: „Wir erleben eine Stabilität und eine großartige Entwicklung. Mit dem von mir vorgeschlagenen Pakt haben wir hierfür einen verlässlichen, rechtlich verbindlichen Rahmen geschaffen (Er) kann nicht unterlaufen werden“ (Unterstreichung von mir).

Der Euro werde die Lösung der Strukturprobleme „erheblich beschleunigen“³⁵

Auch Bundespräsidenten haben immer mal wieder direkte Stellungnahmen zu großen Entwicklungslinien in unserer Gesellschaft abgegeben. Es fällt aber schwer, sich vorzustellen, dass beispielsweise Johannes Rau oder Karl Carstens sich als Präzeptoren auf Gebieten verstanden hätten, von denen sie keine wesentliche Ahnung hatten.

Um das Projekt „Gemeinsame europäische Währung“ nachhaltig zu unterstützen bei – damals mehr oder weniger schwankenden Aussichten über die schliesslichen Realisierungschancen - äußerte sich Bundespräsident Roman Herzog in einem Interview in „Die Woche“ am 14. Juni 1996 wie folgt:

„Mir erscheint die Debatte um die Einführung der Währungsunion als sehr gefährlich. Die Bürger verstehen zu wenig von Europa“

Daraufhin schrieb ich ihm am 24. Juni 1996 einen „Offenen Brief“, der ebenfalls in „Die Woche“ abgedruckt wurde und dessen zentrale Kritik wie folgt formuliert war:

„In Deutschland ist über das Für und Wider einer Währungsunion eher zu wenig als zu viel debattiert worden. Sie vor allem für den Bundestagswahlkampf schon jetzt zum Tabu zu erklären, geht aus sachlichen und demokratischen Gründen nicht“. Ich sprach mich gegen „eine Ausklammerung aus, wann immer es den Befürwortern recht ist“.

Darf man einen Bundespräsidenten so direkt zur Rechenschaft ziehen? Ich meine „ja“!

1) Weil dieser Präsident so wenig Währungs- und Wirtschaftsfachmann war wie Kohl oder Waigel und sich nicht anmaßen sollte, in das komplizierte Räderspiel der Vorbereitung zur Währungsumstellung einzugreifen und darauf zu dringen, dass erst gar keine Diskussion mehr stattfinden sollte und

2) weil es um Glaubwürdigkeit und Amtsverständnis ging, wäre es aus meiner Sicht angebracht gewesen, dass der Präsident sich raushält, statt dazu beizutragen,

³⁴ Helmut Kohl in BILD; !: Oktober 2010

³⁵ In: Plenar-Protokoll 13/230 über die 230. Sitzung vom 23. April 1998

Deutschlands unterentwickelte Streitkultur zur Unterstützung der hoch problematischen Regierungsmaßnahmen zu missbrauchen.

Zum Abschluss dieser Ausführungen zum Thema „Wer ist daran Schuld ?“ verweise ich noch einmal auf meine weiterführenden Analysen im bereits erwähnten 3. Band meiner Erinnerungen. Auf den Seiten 896 – 902 habe ich eine äußerst kritische Bilanz über die ersten 8 Jahre Euro unter der Überschrift „Mit der Währungsunion leben ?“ aufgestellt. Von dem „Hauptprofiteur“ Deutschland ist dort kein Wort zu lesen; diese Behauptung ist falsch ! Es würde sich lohnen, meine Beurteilung der Ursachen und Folgen der Währungsunion auch heute noch zur Anreicherung der Informationsbasis der gegenwärtig Handelnden heranzuziehen.

IV. Das Potential der „Glutnester“ – oder wie die „Höllenfahrt“ des Euro an Fahrt gewinnen wird – wie hält unsere Demokratie das aus ?

Eine Höllenfahrt führt nach mythologischer, religiöser, auch christlicher Vorstellung in die Unterwelt und in das Reich des Todes – die Seele hat sich vom Körper getrennt, die Hoffnung auf Wiederauferstehung wird verbreitet..

Ohne die Parallele zum möglichen Schicksal des Euro zu eng zu ziehen, glaube ich, dass das Potential der Bestimmungsfaktoren des Euroschilds für eine Höllenfahrt in den Orkus ausreicht und ob und wie eine „Auferstehung“ bewerkstelligt werden könnte, sollte man getrost fähigen Politikern und/oder verantwortungsbewussten Spekulanten, besser noch guten Ökonomen überlassen !

Die Dynamik, die über eine Zerreißprobe – in der wir uns befinden – zum „Zerreißen“ der Union führen kann, wird von der Menge des aufgehäufsten Pulvers und der Lunte zur rechten Zeit abhängen: Sprüche wie „Willkommen sei das Unglück, das allein kommt“ (Cervantes) oder „Wenn die Leiden kommen, so kommen sie wie einzelne Späher nicht: Nein, in Geschwadern“ (Shakespeare) helfen uns zu verstehen, dass Katastrophen in der Regel auf einer Mehrzahl von sich gegenseitig verstärkenden Faktoren beruhen, die, wenn eine kritische Masse erreicht ist, oft nur eines relativ kleinen Anlasses bedürfen, wie z. B. einer Falschmeldung über die Solvenz einer System bestimmenden Bank, oder einer öffentlichen Staatskasse, oder eines Runs auf Banken mit Kapitalflucht, oder beim Ertappen einer grotesk falschen Statistik, oder einer „Lüge“ eines der ganz großen Politiker, um eine flächendeckende Explosion sprich Repudiation einer bedeutenden Währung zunächst in einem und dann in allen Euro-Ländern zu verursachen.

Diese Zusammenhänge zu verstehen und der Repudiation entgegenzuwirken, muss alle Politik auf allen Ebenen versuchen – und die Politiker sollten wissen, was sich tut und was sie tun müssen, um diese Verschmelzung verschiedener destruktiver Faktoren, wenn es überhaupt möglich ist, zu verhindern.

Die Ungleichgewichte zwischen dem weltweiten realwirtschaftlichen Angebot und der aktuell weit überhängenden monetären Nachfrage wird die Destabilisierung des Euroraums beschleunigen

Die Ansprüche der Geldvermögensbesitzer, die das global vernetzte System der Banken und Finanzkolosse ad libitum vergrößern kann³⁶, übertreffen den realen Gegenwert der Weltwirtschaft um ein Vielfaches. Diese Finanzkolosse ermöglichen auf der Basis ihnen gewährter Privilegien: Kapitalverkehrsfreiheit und unbegrenzte nicht kontrollierte Geldschöpfung – dass das „Gerne Zocken“ (Milton Friedman) von Millionen Bürgern in der ganzen Welt ohne jeden produktiven Zweck aus reiner Profitgier ausgeübt werden kann und erklärt die ungeheure Macht dieser „Eliten-Systeme“ auch über die Politik.

Solange die Geldvermögenshalter davon ausgehen können, dass ihre Ansprüche jederzeit mobilisierbar sind und „Erträge“ erwirtschaftet werden, wird sich die Weltwirtschaft im großen und ganzen im Gleichgewicht halten lassen. Das hierfür wichtigste Vehikel heißt „Kapitalmobilität“ – die heiligste Kuh der weltwirtschaftlichen Ordnung³⁷. Nach Jahrzehnte langer Heiligsprechung wandelt sich die Einschätzung langsam aber m. E. unaufhaltsam, um Platz zu machen für eine jeweils ad hoc zu beschließende Relativierung dieses Strukturelements der finanzkapitalistischen Verfassung der Weltwirtschaft. Dass eine Zeit kommen wird, in der auch die destabilisierenden Wirkungen der Kreditschöpfungskapazität des Weltfinanzsystems für spekulative Zwecke „an die Kette gelegt werden“, halte ich für sicher.³⁸

In diesem Sinne, d. h. über die „Grenzen der Kapitalverkehrsfreiheit“ hat Karl-Albrecht Schachtschneider nachgedacht und geschrieben und Antworten zu geben versucht, die weiterhelfen würden.³⁹

Was nützen alle die vielfältigen Versuche, die Weltwirtschaftskrise in den Griff zu bekommen, die Symptome der Finanzinstabilität also zu bekämpfen, wenn diese Hauptursachen offiziell weder identifiziert noch entschärft werden?

Inzwischen gibt es Grund zu hoffen, dass die Jahrzehnte lange Privilegierung der „Kapitalunion“ durch den IMF modifiziert werden soll. In einer Rede, über die die FAZ am 6. April 2011 berichtete, hat der damalige Direktor D. Strauss-Kahn erklärt, dass der IMF Kapitalverkehrskontrollen in der Zukunft akzeptieren werde. Ich vermute also,

³⁶ S. W. Hankel und R. Isaak, Geldherrschaft; Ist unser Wohlstand noch zu retten? Wiley-Verlag, Weinheim 2011, S. 39 - 63

³⁷ „Kapitalmobilität“ („Kapitalverkehrsfreiheit“) hat den Rang eines Grundpfeilers der europäischen Währung erhalten, unabhängig davon, ob sie zu bestimmten Zeiten mehr Schaden als Nutzen stiftet und der behauptete Nutzen i. d. R. mit den Interessen der Finanzindustrie der Welt gleichgesetzt wird. S. hierzu meine Ausführungen in „Unser Geld“, a. a. O., S. 221 – 229, wo ich zur Notwendigkeit der „Regulierung der internationalen Finanzströme“ Ausführungen gemacht habe; s. auch W. Nölling: „Die Finanzwelt vor sich selbst schützen – Spekulative Kapitalströme brauchen mehr Kontrolle“ in DIE ZEIT vom 5. Nov. 1993 und „International Capital Flows need to be tamed“ in: Financial News“ 17. Nov. 2008 S. 6

³⁸ S. mein Interview in: FOCUS 3/2010 „Ein Teufelskreis“

³⁹ S. Karl Albrecht Schachtschneider „Grenzen der Kapitalverkehrsfreiheit“ in K.A.Sch. (Hrsg.), Rechtsfragen der Weltwirtschaft 2002, S. 153 ff. Ich weise aber vor allem auf sein Werk „Verfassungsrecht der Europäischen Union“, Teil 2, Berlin 2010, S. 111 ff. hin, in dem die Probleme, die eine Kapitalunion mit sich bringt, ausführlich analysiert werden.

dass nicht mehr zur Bedingung gemacht wird, auf Kapitalverkehrskontrollen zu verzichten, wenn Mitgliedschaft oder Hilfe beantragt werden. Das wäre ein großer Fortschritt, der allerdings in einer Währungsunion ins Leere läuft, was der Herr Bundesfinanzminister offensichtlich nicht verstanden hat.⁴⁰

Die **teuflische** Problematik in Bezug auf Kapitalverkehrsfreiheit in einer Währungsunion besteht darin, dass jeder Bürger, der mit seinem Land unzufrieden ist und die Zukunftsaussichten der Union negativ sieht, ohne weiteres sein ganzes Geld abheben und in für sicherer gehaltenes Terrain transferieren kann. Dieses Abstimmen durch die wirtschaftliche und politische Situation eines einzelnen Teilnehmerlandes durch die Bewegung von Kapital in ein anderes Land ist konstitutiv für eine Währungsunion und kann zu bestimmten Zeiten zu einem totalen Kollaps führen, des Landes, aus dem Geld weggeschafft werden soll und schließlich des ganzen gemeinsamen „Geldvereins“.

Die durch die Immobilien- und Finanzkrise von den USA ausgelöste und auf Europa übergegriffene Wirtschaftskrise geht schon bald ins fünfte Jahr. Sie ist durch eine von Anfang an fehlkonstruierte Währungsumstellung, d. h. durch das auf Europas Vielfalt nicht passende Euro-Geld verstärkt und höchstwahrscheinlich unlösbar geworden.

Eine als relativ klein bezeichnete Ursache – Griechenlands finanzieller Zusammenbruch -, der sich aber früh abzeichnete, hat enorme Wirkungen ausgelöst: Die beispiellosen politischen Rettungsmaßnahmen haben die bisher gültigen Vorstellungen über die richtigen Grundsätze der gemeinsamen Wirtschaftspolitik und den adäquaten Mitteleinsatz zwischen den Mitgliedsländer-Nationen auf den Kopf gestellt. Eherne Grundsätze der Währungspolitik gingen über Bord, als die Europäische Zentralbank die Finanzmärkte mit Geldschöpfung überflutet hat und die kurzfristigen Zinsen auf das niedrigste Niveau der Nachkriegszeit drückte. Durch den Ankauf so genannter „Schrottanleihen“ illiquider Teilnehmerstaaten, vor allem aber durch unbegrenzte Finanzierung illiquider Banken, auch gegen die Hereinnahme nicht voll werthaltiger Sicherungsunterlagen - als Gegenwert zu den ausgeliehenen zeitweise rd. 1000 Milliarden Euro Kredite der Europäischen Zentralbank⁴¹ - hat die EZB sich einen unsere normalen Vorstellungen sprengenden riesigen Abschreibungsbedarf aufhalsen lassen!

Auf die „bis dato unbekannten Herausforderungen“ reagierte die EZB notwendigerweise unkonventionell, indem sie „Liquidität in jeder gewünschten Höhe“ (anfangs sofort im Ausmaß von 95 Mrd. Euro, ein Zeichen für die „Schwere des Schocks“) und durch den Übergang zum „Mengentender mit Vollzuteilung“ bereitstellte, was ein Novum in der europäischen Geldpolitik darstellt.⁴²

Diese Zentralbank-Geldschöpfung kam direkt oder indirekt den bedürftigen (fast allen) Staaten zugute, deren Refinanzierung riesiger Schuldenberge und kräftig wachsender Neuverschuldung ohne Kapitalmarktpflege und Garantie dauernder Liquidisierung der Bankensysteme zusammengebrochen wäre. Die Übernahme dieser hochkomplexen Sicherungsaufgabe bedeutet eine auf unabsehbare Zeit nicht zurücknehmbare

⁴⁰ S. Wolfgang Schäuble, in Handelsblatt vom 26.5.2011, S. 6f

⁴¹ Das im Rahmen geldpolitischer Geschäfte ausstehende Kreditvolumen erreichte Ende Juli 2010 den Betrag von fast 1000 Mrd. Euro; s. EZB-Jahresbericht 2010, 25. Febr. 2011, Abb. 45, S. 106

⁴² S. „Die Reaktion der EZB auf die Finanzkrise“, EZB-Monatsbericht Oktober 2010, S. 63 - 79

Bereitschaft zur Hilfestellung, zumal immer noch riesige Abschreibungsbedarfe der Banken insgesamt bewältigt werden müssen. Nachdem schon von 2007 bis 2009 in den USA und Europa rd. 1530 Mrd. Dollar, davon 261 Mrd. in Deutschland abgeschrieben wurden und für Deutschland weitere 250 Mrd. – diesmal in Euro – Abschreibungen im Bankensystem zu „verarbeiten“ sein werden.

Dass durch die Bewegungen auf den Kapitalmärkten u. U. große Erschütterungen ausgelöst werden können, sobald die dort maßgeblichen Akteure ihre möglicherweise schnell wachsenden Gewinnchancen sehen und zu realisieren versuchen (durch die Beeinflussung von Renditen und Kursniveaus), ist immer zu erwarten und kann auf allen Märkten – und den Realwirtschaften - geradezu katastrophale Entwicklungen verursachen. Dies ist systembedingt und nur ganz besonders „Schlaue“ springen vorher ab - was Staaten natürlich nicht können.

Diese Macht der Finanzinstitute, d. h. der Kapitalmarktakteure, steht in direktem Zusammenhang mit dem stets wachsenden Liquiditätsbedürfnis der Öffentlichen Hand, um Refinanzierungen (Umschuldungen) und erhebliche neue Defizite zu finanzieren. Wer wird den offen ausgebrochenen Wettkampf zwischen der Staatengemeinschaft und den Finanzoligarchen gewinnen ? Wenn etwa 2500 Mrd. Dollar⁴³ jährlich (Tendenz stark steigend) von den Kapitalmärkten bereit gestellt werden müssen, dann fehlt nur noch, dass wir die Frage anfügen, wo die erheblichen Mittel für die „Rekapitalisierung“ der Banken herkommen sollen, die mit Sicherheit zusätzlich aufgebracht werden müssen.zu.⁴⁴

Um die Beschreibung der Herausforderungen an die „Politik“ zu vervollständigen, sei noch auf die von H. W. Sinn aufgedeckte „riskante Krediteratzpolitik der EZB“⁴⁵ hingewiesen, bei der die Deutsche Bundesbank eine zentrale Rolle spielt. Bis Ende März waren rd. 325 Mrd. Euro Forderungen der Bundesbank gegen das EZB-System aufgelaufen und man fragt sich besorgt, wie viele Milliarden es noch werden und wer sie schließlich in welchem Maße in seine Verlustrechnung aufzunehmen hat, wenn Ansprüche gegen die nationalen Notenbanken und deren Banken wegen mangelnder Solvenz nicht durchsetzbar sind?

Denn die Staatsdefizite aller Teilnehmerländer der Euro-Zone sind kräftig gestiegen, d. h. einmal gegenüber der Ausgangslage im Jahre 2007, die schon weitgehend über den Maastricht-Kriterien lagen und zum anderen durch die Wirtschaftskrise intensiviert, schnell in großen Schüben gestiegen sind: Von 2008 bis 2011 von 69,3 auf 88,2 % des Bruttoinlandsprodukts der Eurozone; die staatlichen Schulden betragen im Jahre 2010 rd. 7840 Mrd. Euro.⁴⁶ In der Euro-Zone werden öffentliche Schuldengebirge hinzugebaut, die in früheren Zeiten für undenkbar, unzulässig und vor allem nicht beherrschbar gehalten wurden und es höchstwahrscheinlich auch nicht sind.

⁴³ S. H. Kerstien „Gegenwärtig wäre die Refinanzierungswelle nicht zu bewältigen,“ Handelsblatt vom 3.8.2010

⁴⁴ S. J. Stark, FAZ vom 10. März 2011 (Stark hat selbst keine Zahlen hierzu genannt). Ein Hinweis auf H. W. Sinn möge genügen: „Die Banken sind so oder so pleite“, Spiegel online vom 7.5.2011

⁴⁵ S. J. Stark, FAZ vom 10. März 2011 (Stark hat selbst keine Zahlen hierzu genannt). Ein Hinweis auf H. W. Sinn möge genügen: „Die Banken sind so oder so pleite“, Spiegel online vom 7.5.2011

⁴⁶ FAZ vom 4.5.2011, S. 10

⁴⁶ European Economic Forecast, Autumn 2010, Tab. 42, S. 204

Auf diese Weise ist die eng vernetzte Euro-Zone zu einer hochtechnischen, miteinander verbundenen Intensivstation umgewandelt worden, wo es Dauerpatienten, vorübergehend Stabilisierte und neue Schwerkranken gibt und mit größter Wahrscheinlichkeit noch auf lange Zeit geben wird.

Die Öffentlichen Haushalte einer Reihe von Teilnehmerstaaten müssen aber neben der direkten Hilfe über die Finanzkanäle Europäische Zentralbank/Nationale Zentralbanken/Banken auch durch eine beispiellose Solidaraktion indirekter Observanz innerhalb der Staatengemeinschaft selbst gestützt werden. H. W. Sinn hatte Anfang Mai 2011 auch die Hilfszusagen für bedrängte Euro-Länder in Höhe von 1.542 Mrd. Euro berechnet, davon rd. 400 Mrd. Euro Haftung für Deutschland allein.⁴⁷ Alle Mittel, ob es sich um Garantien, Gewährleistungen, Eigenkapitalleistungen, Fonds oder sonstige Hilfszusagen in welcher Form und unter welchen Rettungsschirmen auch immer, ob sofort fällig oder zunächst zeitlich unbestimmt, sind über Kapitalmärkte abzuwickeln, werden schließlich zu Zahlungen und „echtem Geld“ und damit zur Erhöhung der öffentlichen Schulden in der Euro-Zone insgesamt führen.

Die Tatsache, dass diese Wirkungen auf die Öffentlichen Haushalte in der Regel nicht sofort sichtbar werden und geballt auftreten, dient auf geradezu groteske Weise der Verschleierung der in die Zukunft verlagerten Finanzrisiken, macht es den gegenwärtig Agierenden überhaupt erst möglich, die Verpflichtungen einzugehen, hoffentlich wenigstens annähernd richtig auszurechnen und bekanntzugeben !

Der Glaube, dass die Geberländer jeweils ihre Geldausleihungen - auch noch mit Zinszahlungen angehäuft - wiederbekommen, ist völlig unbegründet.⁴⁸ Die Nehmerländer werden dazu niemals in der Lage und niemals willens sein. Alles, was Politiker sagen und Geber- und Nehmerländer erklären, ist reines Ausrede-Geschwafel.

Trotz der Dauerarbeit der gigantischen Geldschöpfungs- und Verteilungsmaschinerie werden die schwachen Volkswirtschaften der Euro-Zone von außen, d. h. von der „zentralen Wirtschaftsregierung“ in Brüssel und vom IMF zu Einnahmeerhöhungen bei gleichzeitiger Senkung der Ausgaben gezwungen und in einer ihre wirtschaftlichen Wachstumsmöglichkeiten zerstörenden Weise beeinträchtigt. Den Regierungen, die sich in der nun begonnenen Solidargemeinschaft oder Samariterunion auf dauerhafte Überlebenshilfen einstellen können, werden die Anreize zur Selbstverantwortung genommen – c'est la vie – Demokratie!

⁴⁷ Rettungsschirm für den Euro – Tickende Zeitbombe, Mailto 4.4.2011. D. Spethmann hat in FOCUS Nr. 19, 2011, S. 58 die Zahlen von Sinn bestätigt und hinsichtlich der Belastung Deutschlands aus der Mitgliedschaft in der Währungsunion eine Gesamtsumme von etwa 2500 Mrd. Euro errechnet.

⁴⁸ Am 28. August 2010 berichtet dpa über eine Aussage von Klaus Regling, dem Chef der Rettungsschirm-Operation: „Die Wahrscheinlichkeit, dass die Bürgschaften in Anspruch genommen werden, sei äußerst gering. Der deutsche Haushalt profitiert von der Rettung Griechenlands.“ Seither hat Regling diese Aussage mehrere Male auch in Bezug auf Irland wiederholt, s. auch Handelsblatt vom 9.2.2011. Es ist unfassbar! Schließlich hat Regling in einer öffentlichen Veranstaltung, über die die Süddeutsche Zeitung am 14.5.2011 berichtet hat, nur noch gesagt, dass der Vorwurf unberechtigt sei, weil „bisher noch kein Geld geflossen“ sei. S. Süddeutsche Zeitung, 14.5.2011 „Euro-Fans unter Feuer“. Angesichts der verheerenden weiteren Entwicklung (es wird noch mehr Geld benötigt und die Zinsen werden schließlich auf Null sinken) fasst man sich an den Kopf, was das für ein „Fachmann“ sein muss, dem die Verwaltung unserer Gelder anvertraut wurde.

Bei den Geberländern wird es höchstwahrscheinlich zu kollektiven Wutausbrüchen und zur politischen Radikalisierung der Bevölkerung führen, die angesichts der Zurückschneidung staatlicher Leistungen auf allen Gebieten, die Verarmung weiter Bevölkerungskreise und die Überlastung des Sozialgefüges erwarten lassen. Wie will man z. B. in Deutschland innenpolitisch glaubwürdig erscheinen, wenn die Länder Bayern, Baden-Württemberg und Hessen ernst machen mit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht wegen der Benachteiligungen durch den geltenden Finanzausgleich in Deutschland angesichts der Tatsache, dass Deutschland sich bis jetzt schon im Ausmaß der genannten 400 Mrd. Euro verpflichtet hat, d. h. in den nächsten x Jahren überall in Europa einzuspringen hat, wenn Banken und Regierungen nicht mehr weiter können? Während die Haftung Deutschlands zur Rettung des Euro der Höhe nach und zeitlich unbegrenzt ist, stellt der in der deutschen Öffentlichkeit so gut wie unbekannte „Stabilitätsrat“ im Mai 2011 fest, dass den Ländern Berlin, Bremen, Schleswig-Holstein und Saarland sogen. „Gegenmaßnahmen“ wegen ihrer „Haushaltsnotlagen drohen.“

Diese „Vier“ wurden aufgefordert, „Sanierungsprogramme“ vorzulegen. Wenn die sich als unzureichend herausstellen, werden Finanzausgleichsmittel gekürzt⁴⁹, und das zu einem Zeitpunkt, wo jeden Tag Millionen nach Griechenland, Irland und Portugal aus deutschen Kassen weitergereicht werden. Das ist Tollheit, allerdings ohne Methode, wenn auch nicht weniger entsetzlich.

Wer mit den strukturellen Finanznöten in Ländern und Kommunen Deutschlands vertraut ist, d. h. die Rückstände und Mangelsituationen an vielen Stellen kennt, tut gut daran, darauf zu vertrauen, dass maßgeschneiderte „Rettungsschirme“ auch für unsere innenpolitischen Bedürfnisse, d. h. für die Rettung unserer Pleiteländer und Pleitekommunen aufgespannt werden müssen (schon der Gleichbehandlung wegen).

Inwieweit Deutschland als Hauptgeldgeber und –garant bis weit in eine ungewisse Zukunft hinein auf eine zahlungswillige und entbehrungsbereite Bevölkerung vertrauen kann, mag uns angesichts der bisher (noch) mäßigen Unmutsäußerungen – auf der Basis eines „kollektiven Masochismus“ von vielen Gutmenschen – noch schwach entwickelt erscheinen. Darauf zu vertrauen, dass wir uns – wie so oft in unserer Geschichte – „als Deutsche mit der Lammsgeduld“ (Kurt Tucholsky) führen lassen, halte ich allerdings für hochriskant.

Als in der „Bild“ gefragt wurde, „ob es wohl auch nur ein einziges Volk auf Erden gibt, das die Mark freiwillig für den Euro aufgeben würde?“, antwortete der Fragende mit „Ja (die Deutschen).“⁵⁰ Im Gegensatz dazu halte ich es für ausgeschlossen, dass diese Antwort auch gegeben würde, wenn man die Frage stellte, ob es ein einziges Volk gibt, das unbegrenzt bereit sei, zur Aufrechterhaltung der Europäischen Union und eines politisch und wirtschaftlich schlecht geführten Europa auf die Gestaltung der eigenen Wohlfahrt zu verzichten.

Kann man sich unter solchen Umständen eine gedeihliche Fortentwicklung der europäischen Volkswirtschaften und ihrer Sozialordnungen in ihrer Gesamtordnung vorstellen? Kann man davon ausgehen, dass die auf Hoffnungslosigkeit und

⁴⁹ S. „Vier Bundesländer müssen Sanierungsprogramme vorlegen“, in FAZ vom 24. Mai 2011, S. 11

⁵⁰ Claus Jacobi in BILD vom 28. April 2001

Entbehrungen eingestimmten x Millionen EU-Wirtschafts- und Sozialbürger Vertrauen in die Grundfesten ihrer Demokratie, in die Großartigkeit der europäischen Idee und vor allem in die behauptete Unschuld ihrer Währung behalten?

Ich halte dies für ausgeschlossen und nur für eine Frage der Zeit, bis eine Flächen deckende Repudiation dieses Schandpfahls der europäischen Entwicklung eintritt. Womit dann die europäische Einigung mit Getöse und unendlich unheimlichen Schäden für alle sichtbar zum Bruch geführt hätte.

Meine zutiefst pessimistische Einstellung über das Gelingen der jetzt eingeleiteten umfassenden Maßnahmen basiert einmal auf den Erfahrungen, die wir gesammelt haben, als die Währungsunion begründet, als sie vorbereitet, als sie durchgeführt und deutlich wurde, dass Regierungen u. U. zu schwach sind, um die Voraussetzungen für die Teilnahme an einer Währungsunion (und deren Austritt) zu schaffen oder sich einfach als unwillig hinstellen. Siehe hierzu beispielsweise Meldungen, dass Griechenland bis Mai 2011 noch keinen Cent durch Privatisierung hat erlösen wollen und buchstäblich gezwungen werden muss, „Tafelsilber“ zu verkaufen. Ob innerhalb relativ vernünftiger Zeiträume etwa 50 Mrd. Euro realistischerweise (?) herauskommen, vermögen wir Geldgeber nicht zu beurteilen.

Wie sehr sich während des Abfassens dieses Berichts die Nachrichten überschlagen, zeigt eine Meldung vom 27. Mai 2011, dass C. J. Juncker zugeben musste, der IMF würde sich möglicherweise aus der Finanzierung dieses Landes zurückziehen, weil bestimmte Konditionen vom Land nicht erfüllt werden können. Dass dies eine Katastrophe für das Vertrauen in die Verlässlichkeit der europäischen Hilfspakete insgesamt bedeutet, braucht an dieser Stelle nur angedeutet zu werden.

Andererseits wird auch klar, dass die Versprechungen der Politiker von Monat zu Monat gebrochen werden und unseren Bevölkerungen zugemutet wird, die Realität „stückchenweise“ zu erfahren, auch, dass eine vertrauensbildende Gesamt-Rettungsmaßnahme für Europa nicht gefunden werden kann. Wenn mit der Hilfe von Inflationsgeld im wesentlichen „nur Zeit“ gekauft wird, aber die Grundursache missachtet, d. h. an Symptomen kuriert wird, muss sich niemand wundern, dass die Bevölkerungen nicht mehr an die Zukunft Europas glauben mögen.

Die Gefahr besteht, dass in nicht zu ferner Zeit - möglicherweise schneller, als alle denken, ganz Europa „unregierbar“ wird.

Meine Analyse konzentrierte sich also auf sechs neuralgische Punkte:

1. die unaufhaltsam steigende öffentliche Verschuldung in der Euro-Zone,
2. die nicht rückbaubare dauernde Geldschöpfung zur Aufrechterhaltung der Zahlungs- und Funktionsfähigkeit der Bankensysteme und der Öffentlichen Haushalte durch das europäische System der Zentralbanken, m. a. W. die Zukunft in Europa (wie in den USA) gehört dem „Gelddrucken“.
3. Beim Wettbewerb zwischen Staat, Zentralbanken und Kapitalmarktbeherrschern geht es um nicht weniger als um die Vorherrschaft über das Finanzwesen der Welt und damit das Wohlergehen (oder Schicksal) von Milliarden Menschen.
4. Die für absehbare Zeit nicht vorstellbare wirtschaftliche Erholung der Euro-Zone als Ganzem, angesichts
5. der Verstärkung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichte in der Euro-Zone, hervorgerufen durch eine in der Nachkriegszeit beispiellose Veränderung der Einkommens- und Vermögensverteilung zu Gunsten der oberen 20 % unserer Bevölkerung ⁵¹ und zum anderen durch die erzwungenen und deflationär wirkenden Sparmaßnahmen der Öffentlichen Haushalte. Wenn dann
6. der wirksamste Politiker der Euro-Zone, C. J. Juncker, die Glaubwürdigkeit seiner Zunft dadurch ruiniert, dass er bekennt, „wenn es ernst wird, muss man lügen“, und andere Versagenssituationen sich häufen – dann kann das „Elend der Politik“ schnell das „Elend der Ökonomien“ vergrößern.

Dem steht entgegen, wie sich einer der maßgeblichen Gestalter dieser Euro-Zone, Theo Waigel, vernehmen ließ, und es klang wie eine Erfolgsmeldung: „Die Hysterie ist vorbei. Die nationale Wirtschafts- und Finanzpolitik wird künftig in Brüssel bewertet, bevor die Mitgliedsländer sie beschließen.“ ⁵²

Und alle diese fundamentalen Änderungen unserer Demokratie, Wirtschafts- und Finanzverfassung laufen vor unseren Augen ab wie in einem abgedunkelten Kinoraum, in dem wir nicht gefragt werden, ob wir all die neuen Bilder sehen wollen und zusätzlich nicht wissen, ob wir „lebend“ wieder rauskommen. Indem wir fünf Kläger vor dem Bundesverfassungsgericht seit über einem Jahr hingehalten und „wie kleine Jungs“ behandelt werden, die wegen ihrer unbotmäßigen „Anträge“ durch die höchste Stufe, nämlich eine würdevolle „Nichtbeachtung“ bestraft werden – inzwischen am 8. Juni durch „Ladung“ nach Karlsruhe zum 5. Juli 2011 korrigiert.

Angesichts der eher bedrückend-pessimistischen Analyse und der möglichen Entwicklungslinien im Euro-Raum fragt man sich natürlich, ob die Aufgabe für die Politik wirklich unlösbar geworden ist im Sinne eines Aufzeigens von Möglichkeiten, zunächst ohne zu fragen, ob sie politisch durchsetzbar erscheinen.

Dieser Aufgabe muss sich jeder stellen, für den „Alternativlosigkeit“ im Werkzeug- oder Instrumentenkasten des politischen Nationalökonomie nicht vorkommt.

⁵¹ S. hierzu P. Bofinger „Eine andere Meinung“ im SVR-Gutachten, a. a. O., S. 128

⁵² In: Abrechnung mit den Traumtänzern, in Handelsblatt vom 6.10.2010

Sowohl in „Unser Geld“⁵³ als auch in meinem Gutachten, das unserer Klage vom 7. Mai 2010 beigelegt war, habe ich Antworten zu geben versucht.⁵⁴

Mein Vorschlag, eine aus sieben Ländern (Deutschland, Frankreich, Benelux, Österreich und Finnland) bestehende „Neue-Alte“ Euro-Zone mit der etablierten EZB in Frankfurt zu bilden bzw. weiter bestehen zu lassen und die übrigen Länder in das bestehende Wechselkurs-System II zu überführen, böte die Aussicht, die wirtschaftlich „Starken“ von den wirtschaftlich „Schwächeren“ zu trennen! Nur so ließe sich die Chance für die Letzteren eröffnen, schließlich aus eigener Kraft und in eigener Verantwortung aus einem ansonsten unlösbar erscheinenden Marasmus ganz Europas herauszukommen und das Stigma einer „chronischen Hilfsbedürftigkeit“ loszuwerden!

Diesen Politikansatz kann, ja, muss man vielleicht als **utopisch** bezeichnen.

Er darf aber nur als das „zweitgrößere Übel“ bezeichnet werden; denn das jetzt sich entwickelnde denkbare größte Übel, also ein Gau oder besser ein Super-Gau, sehe ich in den Geldschwemmen und Verschuldungsangst der Öffentlichen Hände, vernetzt mit strengen Austerity-Programmen für die Euro-wettbewerbsunfähigen Mitgliedsländer. Es muss uns Sorgen machen, dass die finanziellen Turbulenzen und Unsicherheiten im Weltmaßstab auch auf die realwirtschaftlichen, d. h. insbesondere auf die Angebots- und Logistikketten durchschlagen und über Nacht die Zuverlässigkeit der Versorgung der Menschen mit den wichtigsten Lebensgrundlagen infrage stellen können. Es ist ja nicht ausgemacht, ob schließlich die realwirtschaftlichen Kontraktionen dazu führen, dass die Staaten vor Herausforderungen gestellt werden, die Lebensgrundlagen ihrer Bürger in einem sehr existentiellen Sinne sichern zu müssen. Darauf sind sie gegenwärtig jedenfalls weder gedanklich noch konzeptionell noch bürokratiemäßig vorbereitet.

Der Tragödie Zweiter Teil

Nach meinem Ausflug in die **Utopie** wird es Zeit, sich zu fragen, auf welchen Grundlagen und Hoffnungen die gegenwärtige „Rettungspolitik“ beruht – die verantwortlichen Lenker der mit dieser Aufgabe betrauten Institutionen operieren doch nicht ohne Perspektive, oder? Sie konzipieren und betreiben doch Maßnahmen, die die Übel abschwächen und schließlich überwinden sollen. Oder?

Worauf müssen Antworten gegeben werden, wenn bisher „die Kunst des Möglichen“ Richtschnur war und „Durchwursteln“ keine Dauerlösung ist.

Zum einen greife ich auf meine Forderung zurück, die wirtschaftliche Basis Europas nicht nur nicht zu ruinieren, sondern zu stärken! Um dieses Ziel zu erreichen, gibt es zwar Vorschläge, aber keine erkennbaren **koordinierten und umsetzbaren**

⁵³ „Was tun, wenn Maastricht scheitert?“, a. a. O. S. 199-211

⁵⁴ Wilhelm Nölling „Was tun, um den größten und folgenschwersten Irrtum der Währungsgeschichte zu korrigieren?“, in: Verfassungsbeschwerde und Antrag auf einstweilige Anordnung der Professoren Wilhelm Hankel, Wilhelm Nölling, Karl Albrecht Schachtschneider, Dieter Spethmann, Joachim Starbatty,

Maßnahmen der EU und der nationalen Regierungen⁵⁵ Diese Aufgabe kommt der Quadratur des Kreises gleich – ich sehe (noch) nicht, wie sie gelöst werden könnte.

Weitere Lösungsansätze müssen beachten, dass es vor allem und insbesondere um die Bereinigung Not leidender Gläubiger-Schuldner-Beziehungen geht, d. h. um unrealistisch gewordene monetäre Ansprüche an die realen wirtschaftlichen Grundlagen, die aus dem Gleichgewicht geraten sind.

Es handelt sich um x-zig-milliardenfache rechtlich verpflichtende und berechtigende Kontrakte zwischen Zentralbanken – nationalen Finanzinstitutionen aller Art und souveränen Staaten; um solche zwischen Staaten und ihren Bürgern, zwischen Finanzinstitutionen und ihren Einlegern (Gläubigern) und Schuldern und natürlich auch zwischen den Bürgern untereinander.

Bei den einvernehmlichen Maßnahmen der koordiniert handelnden Institutionen wird darauf gesetzt, dass die erforderlichen Anpassungen – von „Marktsignalen“ ausgehend – auf freiwilliger Basis ermöglicht werden, d. h. durch Abschreibungen und alle möglichen Formen von „Verzichten“ eine allmäßliche, graduelle Bereinigung herbeigeführt wird und schließlich ausreicht, in Verbindung mit der Hoffnung, dass schlussendlich Wirtschaftswachstum auf verlässlicher und breiter Grundlage zu einem allmäßlichen „Auswachsen“ oder „Versiegen“ der Krankheit führt.

In diesem Konzept gibt es keine Führung durch staatliche Autoritäten, sozusagen per ordre de mufti, sowohl wirksame als auch schnelle Bereinigungen über „Umschuldungen“ der verschiedensten Art mehr oder weniger zwingend herbeizuführen – was aber zum Anfang jeder zielorientierten Politik gehören muss.

Geht man den Argumenten auf den Grund, sieht man, dass die Interessengegensätze so groß und so unvereinbar sind und die rechtlichen und administrativen Voraussetzungen so total fehlen, dass es schwer wird, überhaupt zu sagen, wo man anfangen, geschweige denn wie man koordiniert weitermachen soll bzw. kann. Überlegungen, sich durch Änderungen der „Bilanzierungs-Regeln“ Luft zu verschaffen, sowie die in Misskredit geratenen Rating-Agenturen endlich an die Kette zu legen, müssten verwirklicht werden und würden zu erleichternden Teillösungen beitragen.

Unsere komplexe Welt macht es so gut wie unmöglich, mit dem Schwert des Alexander nicht nur einen, sondern eine unübersehbar große Zahl von „Gordischen Knoten“ durchzuschlagen. Selbst in einem diktatorischen System in einzelnen handlungsfähigen Nationalstaaten wäre unter den Bedingungen der Globalisierung eine solche „Lösung“ schwer vorstellbar.

Im Zusammenhang mit diesen entmutigenden Überlegungen steht die z. Zt. nicht beantwortbare Frage, ob außer Kontrolle geratene Preisniveaubewegungen, also Inflation oder Deflation, das Geschäft besorgen müssen und dabei den „Marktkräften“ überlassen wird, die aus dem Ruder laufenden Ansprüche von Gläubigern zu bewerten

⁵⁵ Immerhin hat die SPD-Bundestagsfraktion im Entschließungsantrag, Drucksache 17/6161 vom 9. Juni 2011 aufgeschrieben, was Not tut: „Für neues Wirtschaftswachstum, Wohlstand und soziale Sicherheit in Europa“, S. 3

Ich verweise auch auf die Vorschläge der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“, Fn 14, S. 13

und abzuwerten. Dass man hier nicht an einzelnen Schrauben drehen kann, ist klar. Solche Prozesse auf makroökonomischen Ebenen nicht abwehren zu können (möglicherweise auch nicht zu wollen), ist nicht auszuschließen. Ob unter unseren Bedingungen Inflationen bzw. Deflationen verhindert oder wenigstens abgeschwächt werden können, entzieht sich jeder Vorhersage.

Ich gebe einen Hinweis, auf welche Vorfälle der weiteren Eskalation wir besonders achten müssen, was aber kein „Erwachen heiterer Empfindungen bei der Ankunft“ weiterer staatlicher Notfälle auslösen wird, also es wird in Europa nicht wie bei einer „Pastorale“ zugehen. Europa wird nicht in der bisherigen Weise bestehen bleiben, wenn sich schon auf kurze Zeit herausstellt, dass die Zahl der Nehmerländer (bis jetzt nur drei) größer wird und die Zahl der Geberländer abnimmt.

Kommt es zu einer solchen „Weiterentwicklung“ der Währungsunion, d. h. zu einer Samariterunion, einer immer größer werdenden „Sozialhilfestation Europa“, werden die jetzt noch „Starken“ ausbluten, d. h. unter der Last zusammenbrechen. Sie werden Lebensstandard und Funktionstüchtigkeit einer Serie von Mitgliedsstaaten nicht garantieren können. Ganz davon abgesehen, dass eine solche Überstrapazierung von Solidarität alle, ausnahmslos alle Euroländer wirtschaftlich und sozial destabilisiert, politisch ruiniert und damit die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Pfeiler Europas zum Einstürzen bringt.

Dann wäre der „Mord an Europa“ mit Hilfe der Währungsunion gelungen.

M. E. wird sich herausstellen, dass die Aufgabe in meinem totalen Sinne angepackt werden muss. Die Union muss „regruppiert“ werden und die „Schönheit maßgeschneiderter Allianzen“ muss erkannt, entwickelt, popularisiert und verwirklicht werden. Dies geht nicht über Nacht, und solange diese Maßnahmen nicht – noch nicht – greifen, wird das gegenwärtige „Krisenmanagement“ in modifizierter Form fortgesetzt werden müssen.

Bei der m. E. allein Erfolg versprechenden Umsetzung einer „Utopie“ handelt es sich um eine kolossale, noch nie unter demokratischen Verhältnissen zu meisternde Herausforderung. Dazu müssten wirtschaftspolitische Konzepte und Maßnahmen und Koordinierungsmittel und –zwänge entwickelt werden, von denen wir jetzt nicht einmal zu träumen vermögen. Es müsste gleichermaßen gelingen, die tief sitzenden Interessengegensätze unter den Teilnehmerländern der Euro-Zone auszutarieren.

Ich würde gerne auf die Hoffnung setzen, dass, wenn der europäische Karren unbestreitbar tief und fest im Schlamassel sitzt, schließlich eine zukunftsähnliche Lösung gefunden und durchgesetzt werden kann. Vielleicht hat Hölderlin ja recht: „Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch“.

Oder steht uns bevor, dass der „Giftbecher“ Maastricht bis auf den Grund geleert werden muss und dann gilt: „Der Rest ist Schweigen“ ?

Anhang: Interview mit Rüdiger zu Klampen,
von der Nordwest-Zeitung, Oldenburg, vom 7. Mai 2010

Sicherer Weg in den deuts

INTERVIEW Professor Nölling sieht durch Griechenland-Hilfe

Der Wirtschaftswissenschaftler warnt vor den Folgen der Griechenlandhilfe. Deutschland trage die Hauptlast.

Bundesverfassungsgericht zu klagen?

VON RÜDIGER ZU KLAMPEN

Frage: Herr Professor Nölling, aus Griechenland kommen Bilder von bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Überrascht Sie das?

NÖLLING: Keineswegs. Es ist ganz normal, dass die Menschen aufbegehren. Da kocht die Wut hoch über eine Führung, die das Land gründlich ruiniert hat. Sie steht für Selbstbedienung, Korruption und Überbürokratisierung. Dass der Lebensstandard der Bevölkerung dadurch drastisch zurückgehen wird, ist schwer zu vermitteln, ist aber unvermeidbar!

Frage: Das müsste doch eigentlich schon bekannt gewesen sein, als über den Beitritt Griechenlands zur Währungsunion entschieden wurde, oder?

NÖLLING: Alle, die mit der Entscheidung zu tun hatten, wussten oder ahnten es doch! Es wurde aber weggeschaut bzw. nicht kontrolliert. Griechenland hat gelogen und betrogen – und sich dann gern von anderen Staaten alimentieren lassen, denn das Land ist nicht wettbewerbsfähig, hat eine niedrige Produktivität und keinerlei Reformen angepackt. Seit Monaten wird Griechenland durch eine riesige Kapitalflucht seiner Bürger zusätzlich zurückgeworfen. Es war ganz sicher ein Fehler, Griechenland in die Währungsunion aufzunehmen.

Frage: Bleibt es bei der Absicht, gegen die Milliardenhilfen, die die Bundesregierung auf den Weg bringen will, beim

NÖLLING: Ja. Die Klage richtet sich gegen die Einführung einer Transfer-Union auf der Grundlage eines Bruchs des Maastrichter Vertrages, der solche Hilfe ausschließt. An diesem Freitag soll die Klageschrift überreicht werden. Es ist der zweite Versuch, Unheil vom deutschen Volk und von Europa abzuwenden.

Frage: Aber muss den Griechen denn nicht kurzfristig geholfen und der Maastrichter Vertrag angepasst werden?

NÖLLING: Dies würde sich zwar als die politisch bequemste, allerdings wirtschaftlich und finanziell kostspieligste und zu dem zukunfts instabilste Variante herausstellen. Sie würde dazu führen, dass nicht nur Griechenland, um es vor dem schnellen Bankrott zu retten, zum Dauer-Subventions-Empfänger befördert wird. Auch jedes andere Euro-Teilnehmerland, das nicht mehr finanzierbare Defizite vor sich herschiebt, müsste nach einem solchen Präzedenzfall ins Euro-Spital aufgenommen werden! Die Summen, die für Griechenland genannt werden, würden vervielfacht! Und man muss bedenken: Die Staatsverschuldung des Empfängerlandes Griechenland wird trotz der Hilfen nicht geringer, seine Exportkraft wird nicht gestärkt und seine Produktivität wird nicht erhöht.

Frage: Die Folgen für Deutschland?

NÖLLING: Die Abwicklung durch die Staatsbank KfW verschleiert nur für kurze Zeit, dass die deutschen Verpflichtungen voll auf unser Schuldenkonto gebucht werden müssen. Diese Gelder sind Subventionen

hen und europäischen Ruin

schwerste Konsequenzen – Heute Klage vor Verfassungsgericht

oder Geschenke der deutschen Steuerzahler an den kaputten griechischen Staat, das heißtt, sie werden an die Banken durchgeleitet und werden nie zurückgezahlt. Machen wir uns nichts vor: Unser Land wird die Hauptlast der kleiner werdenden Zahl von Geberländern in der Eurozone zu tragen haben – ein sicherer Weg in den deutschen und europäischen Ruin. Deshalb: Man muss jetzt lebensfähige Lösungen anstreben, statt den politisch leichteren Weg des prinzipiellen Weitermachens wie bisher zu gehen.

FRAGE: Also Ausschluss Griechenlands?

NÖLLING: Ja. Ein solcher, tiefer Schnitt ist unbedingt notwendig. Wenn man schon ein Stück zurückgehen muss, dann aber auch weit genug! Griechenland hat nur eine Chance, zu gesunden, wenn es von den Fesseln des Euro befreit wird und sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen gezwungen wird.

FRAGE: Konkret?

NÖLLING: Es sollte ein Hartwährungsblock formiert werden. Deutschland und Frankreich sollten voran gehen und die Beneluxländer, Österreich und Finnland einbeziehen. Diese Volkswirtschaften sind hinreichend homogen. Sie lassen es möglich erscheinen, den Spielregeln des Maastricht-Vertrages, auf den wir uns verlassen haben, und einigen wichtigen Änderungen zu entsprechen. Neue und ehemalige Mitglieder der Euro-Zone müssten sich einem Praxis-Testunterwerfen, um den Einstieg bzw. Wiedereinstieg aus einem "Wechselkurssystem II" heraus zu schaffen, in dem sie in einer Zwischenzeit einzeln ausreichend Schutz vor Währungsrisiken finden können.

FRAGE: Was hätte man in der II. Klasse davon?

NÖLLING: Diese Staaten erhielten ihre währungspolitische Anpassungsfähigkeit zurück, wären für die Wiedererlangung ihrer Prosperität selbstverantwortlich und würden vor allem den anderen Europäern nicht mehr auf der Tasche liegen!

FRAGE: Wie könnte man die schwachen Staaten konkret aus dem zu formierenden Hartwährungsblock hinausbekommen?

NÖLLING: Das ist schwer und bedarf der Überzeugungsarbeit durch die Gemeinschaft Europas. **Griechenland darf nicht in der Lage eines Ertrinkenden verbleiben, der seine Retter mit in den Abgrund zieht!**

FRAGE: Hand aufs Herz: Wäre die Wiedereinführung der D-Mark möglich – und nützlich?

NÖLLING: Dies wäre möglich und läge unter bestimmten Bedingungen in unserem Interesse, wenn anders die Existenzbedingungen unseres Volkes nicht gesichert werden könnten, wenn das sich entwickelnde Chaos in Europa unter dasMotto geraten sollte: Rette sich, wer kann. Allmählich wird auch den überzeugendsten Befürwortern des Euro klar, dass seine Einführung der größte und folgenschwerste Irrtum der Währungsgeschichte ist – ich habe davor seit 1993 mit einem Buch und auch danach immer wieder gewarnt – leider, leider völlig vergeblich. Es schmerzt, Recht behalten zu haben, und ich fürchte, dass es auch jetzt wieder so sein könnte.

Adresse des Autors:

Prof. Dr. Wilhelm Nölling, 22956 Grönwohld, Hohe Leuchten 1



Wilhelm Nölling wurde im Jahre 1933 im Kreis Wittgenstein geboren. Nach Volks- und Handelschule, Berufsausbildung und -ausübung studierte er hauptsächlich Volkswirtschaftslehre in Köln, Hamburg (Akademie für Gemeinwirtschaft, Universität) und in Berkeley/Californien. Nölling ist Diplom-Volkswirt, Master of Arts in Economics und Dr. rer. pol.

Er war Hochschullehrer (1966-1969), Abgeordneter des Deutschen Bundestages (1969-1974), Senator in Hamburg (1974-1982), Präsident der Landeszentralbank in Hamburg und Mitglied des Zentralbankrates der Deutschen Bundesbank (1982-1992). Seit 1992 ist Nölling als Lehrbeauftragter und seit 1995 als Professor im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften an der Universität Hamburg tätig. Im Jahre 1992 gründete er die Ost-West-Beratungs-Agentur in Hamburg.

Der Autor hat eine Reihe von Büchern, Buchbeiträgen und eine große Anzahl von Aufsätzen, vor allem in überregionalen Zeitschriften und Zeitungen, geschrieben. Mit W. Hankel, J. Starbatty und K.A. Schachtschneider wurde im Jahre 1998 eine (vergebliche) Klage gegen die voreilige Einführung der europäischen Währungsunion à la Maastricht gewagt. Im November 2003 erschien „*Der Ökonom als Politiker - Europa, Geld und die soziale Frage, Festschrift für Wilhelm Nölling*“; sie wurde von Hankel/Schachtschneider/Starbatty herausgegeben.

Im Mai/Juli 2010 wurde von den 4 Klägern, diesmal mit D. Spethmann wiederum mit Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht versucht, die grundgesetzwidrige Verpflichtung Deutschlands zur vergeblichen Rettung des Euro zu verhindern. Das Gericht hat inzwischen am 8. Juni 2011 zur Verhandlung in Karlsruhe am 5. Juli 2011 geladen.



9 783981 192964
ISBN 978-3-9811929-6-4